

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

196 (26.8.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung des Zahlungsplans, bei gerichtlicher Beiziehung und bei Nachdruck jeder Art tritt ein Erschlagungs- und Gerichtsbescheid in Kraft. L. D. o. Schatz der Anzeigen-Kasse 8 Uhr vorwärts

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikfunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugspreis monatlich 2,50 Mark o. Oberhalb 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vom 11 Uhr o. Postfachkonto 2630 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kehl, Kaiserstraße 2, Offenburg, Hauptstraße 9

Nummer 196

Karlsruhe, Mittwoch, den 26. August 1931

51. Jahrgang

Macdonalds Konzentrationskabinett

Eine gefährliche Bedrohung der geschlossenen Arbeiterbewegung

Die Ministerliste der neuen englischen Regierung

London, 25. Aug. (Eig. Draht.) Macdonald hat am Dienstagabend dem König die Ministerliste der neuen Regierung vorgelegt. Das Kabinett besteht aus 10 Mitgliedern und zwar:

Ministerpräsident: Macdonald,
Lord-Präsident des Rates (Minister ohne Portefeuille): Baldwin,
Schatzkanzler: Snowden,
Lord-Kanzler: Lord Seder,
Sicherheitsminister: Sir Herbert Samuel,
Außenminister: Lord Riddell,
Indienminister: Sir Samuel Hoare,
Dominion und Kolonien: Thomas,
Innenminister: Neville Chamberlain,
Handelsamt: Sir Philip Cunliffe Lister.

Dem Kabinett gehören ferner an:
4 Arbeiterpartei: Macdonald, Snowden, Thomas, Seder;
2 Liberale: Riddell, Samuel;
4 Konervative: Baldwin, Hoare, Chamberlain, Lister.

Die übrigen Ressorts sind außerhalb des Kabinetts neu besetzt worden. Sir Auston Chamberlain hat die Verwaltung des Marine-Ministeriums, Lord Amulree die des Luftministeriums übernommen. Die Befehls- und die Landwirtschaftsministerien sind später bekanntgegeben worden.

Die Herabsetzung der Zahl der Kabinettsmitglieder von 21 auf 10 erfolgte zur Erhöhung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit des Kabinetts.

Politische Fragen allgemeiner Natur will das Kabinett möglichst aus seinem Arbeitsbereich ausschließen. Seine Aufgaben sieht es ausschließlich in der schnellen Balancierung des Etats. Ist dieses Ziel erreicht, dann tritt die Regierung zurück.

Die Labour-Party wird am Mittwoch ihre Stellung zu dem neuen Kabinett festlegen. Das soll in getrennten und gemeinsamen Beratungen der Parteileitung und der Parlamentsfraktion geschehen. Der Kampf geht um die Erhaltung der Parteieinheit, Macdonald wird den Vorsitz niederlegen. An seine Stelle wird Henderson treten. Die unabhängige Arbeiterpartei hat bereits am Dienstag eine scharfe Entschiedenheit gegen die Politik Macdonalds angenommen.

Der Entschluß Macdonalds, Snowdens und einiger anderer Mitglieder der englischen Arbeiterpartei mit den bestehenden bürgerlichen Fraktionen ein Kabinett zu bilden, das sein Sparprogramm gegen die eigene Partei durchzuführen will, steht in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wohl einzig da. Nach den unter Sozialisten aus europäischen Kontinenten herrschenden Begriffen von Disziplin würden sich diese Männer damit geradezu automatisch außerhalb der Partei gestellt haben. Nun sind die entsprechenden Begriffe in England seit jeher weniger streng. Auch in der Labourparty hat man bisher eine sehr weitgehende Toleranz geübt — vor allem gegenüber dem radikalen Flügel der unabhängigen Arbeiterpartei — und Dinge geschehen lassen, die in allen anderen sozialistischen Parteien der Welt als Disziplinbrüche schwerster Art beurteilt und geahndet worden wären.

Aber selbst bei den in Großbritannien herrschenden, viel löcherigeren Auffassungen über das zulässige Maß von politischer Bewegensfreiheit des Einzelnen, scheint das Vorgehen Macdonalds und seiner englischen Freunde scharfe Bestürzung zum Teil sogar Empörung hervorgerufen haben. Macdonald war immerhin der erste politische Führer der Partei. Als solcher war ihm das Amt des Premierministers zugefallen. Diese Eigenschaft, die ihm höchste Ehren einbrachte, legte ihm zugleich besondere Pflichten gerade gegenüber der Partei auf. Für die Labourparty ist es nun ein höchst bedauerlicher Zustand, daß sie eine Regierung wird bekämpfen müssen, an deren Spitze ihr bisheriger Führer steht und der auch noch weitere prominente Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen angehören. Kommt es, wie allgemein erwartet wird, zu baldigen Neuwahlen, dann befindet sich die Labourparty von vornherein in einer taktisch äußerst ungünstigen Situation, weil Konservative und Liberale im Wahlkampf leichtes Spiel haben werden. Sie werden immer wieder darauf hinweisen, daß die Labourparty und die Gewerkschaften eine Politik angreifen, die von ihrem bisherigen eigenen Führer verantwortet worden sei.

Bezeichnend ist, daß Arthur Henderson als Außenminister sein Amt, das er so erfolgreich geleitet hat, ohne Jäger niedergelegt hat, um sich an die Spitze der Opposition gegen die neue Regierung zu stellen. Es bliebe dabei dahingestellt, ob er den Sparvorstellungen Macdonalds und Snowdens so grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, wie manche Gewerkschaftsführer. Aber als langjähriger Sekretär der Labourparty hat er die ungeheure Gefahr sofort erkannt, die der Partei drohte. Der Zusammenhalt zwischen Partei und Gewerkschaften, die Einheit der britischen Arbeiterbewegung erschien ihm so-

fort mit Recht als das wichtigste. Sein Beispiel dürfte für die übergroße Mehrheit der Abgeordneten und der Mitglieder entscheidend gemein sein. Kein Zweifel ist mehr möglich, daß auf der am Mittwoch stattfindenden Tagung des Partiausschusses die Labourparty ebenso wie Anfang September, wenn das Unterhaus zusammentritt, in der ersten Sitzung der Parlamentsfraktion, nur eine kleine Minderheit Macdonald und Snowdens Gefolgschaft leisten werden.

Kein Wunder, daß man unter diesen Umständen sogar schon davon spricht, daß die verbleibenden Minister sowie die Abgeordneten, die im Gegensatz zum Groß der Partei sie unterstützen wollen, aus geschlossen werden sollen. Im Interesse des englischen wie des gesamten internationalen Sozialismus wollen wir hoffen, daß sich diese extreme Maßnahme vermeiden lassen wird. Die vornehmen Formen, in denen sich in England der politische Kampf abzuspielen pflegt, gestatten die Erwartung, daß der gegenwärtige Bruch keine persönlichen Feindschaften und Gehässigkeiten innerhalb der Führerschaft nach sich ziehen wird. Das neue Experiment Macdonalds soll so wie es nur von kurzer Dauer sein. Er und Snowden handeln zweifellos falsch, aber nach bester Überzeugung. Sie glauben im Interesse der ganzen Nation diesen Weg gehen zu müssen, und fühlen den Druck der internationalen Hochfinanz, vor allem des sozialreaktionären amerikanischen Großkapitals, das seine Hilfe für die englische Währung an brutale Bedingungen knüpft. Möge daher am Schluß dieser heftigen Episode die Einheit der Labourparty wieder hergestellt sein, denn zu viel hängt für die Arbeiterklasse Großbritanniens und der ganzen Welt davon ab, daß gerade in den kommenden Zeiten der Not und der Kämpfe ein starker, geschlossener Block von Partei und Gewerkschaften dem Kapitalismus und dem Imperialismus entgegentritt.

Die Kundsunkrede Macdonalds

In seiner Kundsunkrede an das britische Volk sagte Macdonald, er spreche von ungewöhnlichen und ziemlich betrübenden Umständen. Er habe keine seiner Überzeugungen und seines Ideals aufgegeben. Hierfür schilderte Macdonald die bekannten Umstände, die zur Entschcheidung der gegenwärtigen Krise beigetragen haben, wobei er u. a. bemerkte, die öffentliche Meinung im Ausland sei wegen der Lage der britischen Budgets bedrückt geworden. Aber es liege nicht richtig zu laien, daß fremde Länder vorzüglich Englands zu schädigen, denn dies würde auch für sie sehr

üble Folgen haben. Endlich wandte sich Macdonald den Maßnahmen zu, die die Lage erfordere. Er sagte u. a., es würden viele Opfer gebracht werden müssen, aber er hoffe, jeder Engländer würde nach seinen Mitteln das Seine beitragen. Ueber den Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung zu vermindern, sagte Macdonald, diese Frage sollte im Geiste der Gerechtigkeit geprüft werden. Es werde vorgeschlagen, daß diese Unterstühtungen im Interesse der nationalen Sparpolitik um 10 Prozent gekürzt werden sollten, daß aber die Beihilfen für Kinder unberührt bleiben sollten. Das sei ungeheuerlich aus, aber während der letzten zwei Jahre hätten sich die Kosten des Lebensunterhaltes um 11,5 Prozent geholt. Die Arbeitslosen hätten ein ganz besonderes Interesse an der Sicherheit des nationalen Kredits. Es sei besser für sie, zu dem Standard vor zwei Jahren zurückzukehren, als auf Fortsetzung der Zahlungen in gleicher Höhe zu beharren und dadurch die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Kaufkraft ihres Geldes sich verringere. Hierfür kam Macdonald zu der heute vom Daily Herald aufgestellten Behauptung, daß eine Verschwörung der Bankiers gegen die Arbeiterregierung vorliege, zu sprechen. Er sagte, er könne mit allem Nachdruck versichern, daß dies nicht zuträfe. Weder ihm, noch Snowden sei jemals ein politisches Ultimatum gestellt worden. Die Bankiers würden der jetzigen Regierung gegenüber die gleiche Haltung einnehmen, wie der Arbeiterregierung gegenüber. Macdonald erklärte, nur ein Plan der Ersparnisse auf der einen und neuer Einnahmen auf der anderen Seite könne das Vertrauen zum britischen Kredit wieder herstellen. Er schloß, die neue Regierung sei keine Koalitionsregierung. An einer solchen würde er nicht teilnehmen. Keine Partei, die darin vertreten sei, werde gezwungen, ihre Grundzüge preiszugeben. Die Regierung sei gebildet worden, um eine bestimmte Arbeit zu tun und wenn dies in kurzer Zeit möglich sei, dann werde das Leben der Regierung kurz sein. Wenn ihr Leben beendet sei, dann würden die Arbeiten im Unterhaus und die allgemeine politische Lage wieder in den Zustand zurückkehren, in dem sie sich vorige Woche befanden. Diejenigen, so sagte Macdonald, die ein Risiko übernommen haben, würden dann ihre Strafe oder ihre Belohnung erhalten. Die darauf folgenden Parlamentswahlen werden nicht von der Regierung ausgefochten werden. Dann richtete Macdonald einen Aufruf an die ganze Bevölkerung zur Unterstützung der Regierung bei ihrer schwierigen Arbeit.

Polnisch-russischer Nichtangriffspakt?

Warschau, 25. August. (Eig. Draht.) Die Nachrichten von dem polnischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen Rußland und Polen hat in Warschau ein lebhaftes Echo ausgelöst. Von sowjetrussischer diplomatischer Seite wird unter Bezugnahme auf den polnischen Vorschlag vor allem unterstrichen, daß es sich im Augenblick lediglich um einen Vorschlag handle.

Notverordnung für Landesregierungen

Ermächtigungsrecht für Länder- und Gemeindehaushaltsausgleich

Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten, die den Landesregierungen eine Ermächtigung zum Erlass eigener Notverordnungen erteilt, ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet: 1. Die Landesregierungen sind ermäch-

tigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Wege der Verordnung vorzunehmen. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen. 2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen und Verträge bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.

Brünings weitere Pläne

Die Stuttgarter Tagung der deutschen Zentrumspartei

Stuttgart, 25. Aug. (Eig. Meld.) Von heute vormittag an bis 3 Uhr nachmittags und dann wiederum von 5 bis gegen 8 Uhr fand in Stuttgart eine Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums statt, an der auch Vertreter der Zentrumsparteien von Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz sowie der geschäftsführende Vorstand der deutschen Zentrumspartei teilnahmen.

Nach dem Abschluß der Verhandlungen wurde folgende parteiliche Mitteilung darüber ausgegeben:

„Reichstagskanzler Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Stegerwald und Dr. Winterlich berichteten über die gegenwärtige Lage. Die Versammelten nahmen die Berichte in vertrauensvoller Stimmung entgegen, und es ergab sich eine volle Einmütigkeit sowohl in der Auffassung der Sachlage als auch der besonderen Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden. Besondere Beachtung fanden in der Aussprache die Fragen, die mit den in Zukunft erachteten Reparationsdebatten zusammenhängen, Umlagen und Methoden von Sparmaßnahmen in Ländern und Gemeinden, sowie die

Kürzung der hohen Pensionen. In letzterer Frage wird von der Reichsregierung eine beschleunigte Aktion erwartet. Am Spätnachmittag trat die Zentrumspartei des Reichstags noch zu einer Sonderfraktion zusammen, die sich mit internen Fraktionsfragen befahte.

Im Anschluß an die Fraktionsfraktion des Zentrums fand ein parlamentarischer Abend statt, der von den Anhängern des Zentrums außerordentlich stark besucht war. Dabei hielt auch Reichstagskanzler Brüning eine Rede, in der er fast alle politischen und wirtschaftspolitischen Fragen berührte. Aus ihrem Inhalt ist hervorzuheben,

daß keine koalitionspolitische Veränderung, weder nach rechts noch nach links hin stattfinden werde.

Des weiteren führte der Reichstagskanzler aus, daß die Reichsreformprojekte zur Zeit nicht so dringlich seien, wie die schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben, die von der Reichsregierung gelöst werden müßten.

Auf keinen Fall werde die Reichsreform auf dem abrupten Wege einer Notverordnung gelöst werden.

Eingehend besprach der Reichstagskanzler bei der Erörterung der wirtschaftspolitischen Fragen das Verhältnis zu den Banken. Die Auf-

nicht über sie sollte streng sein, ohne ihnen jedoch die eigene Verantwortung für ihre Geschäftsführung abzunehmen.

Die Säufung von Ausschichtungsstellen bei einzelnen Persönlichkeiten werde auf jeden Fall nicht bestehen bleiben können.

Zusammenfassend sagte der Reichskanzler, daß er zwar nicht optimistisch gestimmt sei, aber doch hoffe, daß das deutsche Volk in dem schweren Winter, der ihm bevorstehe, nicht die Nerven verlieren werde.

Im einzelnen erklärte Brüning u. a.: Wir haben die Überzeugung, daß die Welt nur gesund kann, wenn eine Reihe von

Mahnahmen auf internationaler Basis

In diesem Augenblick und in dieser Zeit der größten Wirtschaftsnot, die die moderne Zeit aufweist, ergriffen werden. Unsere gegenwärtige Lage als sehr schwer einzuschätzen, ist durchaus verständlich, weil die Not und die Lasten schon seit längerer Zeit immer größer wurden. Wir haben durch Krieg, Inflation und Stabilisierungsergebnisse einen so komplizierten Mechanismus in unserem öffentlichen Leben, daß es sehr schwierig ist, diese Dinge zu verfolgen, so daß dadurch der gedanktenswerte, phrasenreiche Kapitalismus alle Chancen hatte.

Die Währungsfrage

war nicht in der Lage, den schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen, aber trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. Die Regierung ist sich bei all ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß, wenn nicht

das Vertrauen und die Disziplin des deutschen Volkes

vorhanden gewesen wäre, ihren Anordnungen kein Erfolg beschieden wäre. Es war der größte Erfolg im Ausland, daß er an den Taten, wo die Banken und Sparkassen geschlossen werden mußten, in Deutschland zu keinen größeren Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist. Die Ausländer mußten feststellen, daß das deutsche Volk noch nie so ruhig gewesen ist, wie im Augenblick seiner höchsten Not. Wenn die

Volkskraft des Präsidenten Hoover

sich auch bisher noch nicht voll auswirken konnte, so hat sie doch die Grundlage gelegt für eine dauernde Besserung. Viele internationalen Beziehungen müssen noch folgen, wenn die Völker der Welt die Weltwirtschaftskrise überwinden wollen. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und wir sind uns klar, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns zu helfen. Trotzdem müssen wir aber versuchen,

das deutsche Volk durch die nächsten Monate aus eigener Kraft hindurchzubringen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß wenn das deutsche Volk diese Probe durchhält, wie es auch die letzten schweren Monate überstanden hat, es gelingen wird, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Sozialleben wieder gesund zu lassen. Der Redner schloß mit einigen anerkennenden Bemerkungen über die bisher

in Württemberg und seinem Nachbarlande Baden

betriebene vorsichtige und sparsame Politik, die den anderen deutschen Ländern und dem Reich als Vorbild dienen könne. Er wüßte, daß das württembergische Volk mit all seinen guten Stammeigenschaften mit dazu beitragen werde, dem deutschen Volk die barten Maßnahmen tragen zu helfen, damit es über den schwersten aller Winter hinüberkomme. (Starker Beifall.)

Im Anschluß hieran machte dann Prälat Kaas, der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, längere Ausführungen, in denen er die starken staatsmännischen Kräfte rühmte, die Reichskanzler Dr. Brüning für die Erfüllung seiner schweren Aufgaben einzusetzen in der Lage ist.

Eine Rede Wirths

Im weiteren Verlaufe des parlamentarischen Abends der Stuttgarter Zentrumspartei ergriff u. a. Reichsminister Dr. Wirth das Wort. Er erklärte u. a., daß es mit der Reichsreform z. B. nicht so schnell gehe, wie man vielfach höre. Es sei politische Verheißung zu sagen, daß er mit dem Artikel 48 den Ländern den Garau machen wolle. Die Reichsreform sei nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich.

In zwei bis drei Wochen werden die charitativen Vereine Deutschlands mit einem großen Aufruf an die Öffentlichkeit treten, Naturalien zu sammeln. Es sei somit alles vorbereitet, daß Deutschland den nächsten schweren Winter überleben könne. Ein gewalttätiger Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten, denn die Regierung sei stark genug, eine Revolution niederschlagen zu können. Nicht eine Sekunde dürfe gezögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie abgehackt werden. Die Regierung werde sich nicht überrollen lassen. Auch diesen Ausführungen folgte stürmischer Beifall.

Die feinde des republikanischen Preußen

Berlin, 25. Aug. (Eig. Draht.) Deutschnationale, Nazis und Kommunisten haben sich wieder einmal zusammengesunden. Sie fordern neuerdings gemeinsam die Einberufung des preußischen Landtags, die einen, um die angeblich bevorstehende Zerstückelung Preußens zu verhindern, und die andern, um von der Tribüne des Parlaments mit den Feinden des wertvollen Volkes in Stadt und Land abzurechnen. Ob man darunter auch die kommunistischen Polizeimörder versteht?

Der Aeltestenrat des preußischen Landtags wird zu dem Antrag der faschistisch-kommunistischen Front wahrscheinlich Mitte der nächsten Woche Stellung nehmen.

Bülowplatz-Morde aufgeklärt?

EMB. Berlin, 25. Aug. Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülowplatz ist, wie die Polizei mitteilt, reiflos geklärt. Von den in dieser Angelegenheit Verhafteten steht bei fünf zweifellos fest, daß sie am Bülowplatz geschossen haben.

Kommunistische Streikparole im Ruhrgebiet

Duisburg, 25. Aug. (Eig. Draht.) Die von kommunistischer Seite im Ruhrgebiet unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern betriebene Streikpropaganda hat in Alt-Duisburg zu einem Teilstreit geführt. Von den 450 Mann der Belegschaft des Fabrikparks traten 90 am Dienstag morgen in den Streik und zwar zum Teil unter dem Druck der kommunistischen Agitatoren.

In den anderen Stadtteilen Duisburgs ist die kommunistische Propaganda erfolglos geblieben. Versuche der revolutionären Gewerkschaftsopposition, auch die Düsseldorf-Gemeindearbeiter zum Streik zu bewegen, waren erfolglos.

In Essen gelang es den Kommunisten am Dienstag, einen Teil der Belegschaft des Gas- und Wasserwerks zum Streik zu veranlassen. Von 500 Arbeitern legten 300 die Arbeit nieder.

Deutsche Waffen in China?

Bojkott gegen deutsche Waren in Kanton

Kreier meldet aus Kanton: Auf einer Massenversammlung, die hier von der Kuomintang abgehalten wurde, wurde die Entscheidung gefaßt, deutsche Waren zu bojkottieren. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Als unmittelbare Ursache dieser unfreundlichen Haltung Kantons gegen Deutschland wird die angebliche Lieferung von Waffen und Munition an Tschingtaiching angegeben, die kürzlich mit einem nach Schanghai bestimmten Dampfer erfolgt sein soll. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Kanton durch Entsendung von über 100 militärischen Ratgebern zu unterstützen, die, wie in der Versammlung erklärt wurde, beauftragt seien, die Armee der Kanton-Regierung im Gebrauch von Giftgas im Kampf gegen die Regierung von Kanton zu unterrichten.

Im Anschluß hieran wird weiter gemeldet: Die Kanton-Regierung hat am Montag den deutschen Dampfer R. C. Kilmers mit einer Waffenladung im Wert von mehr als 4 Millionen Mark beschlagnahmt lassen. Die Ladung bestand aus zwei Flugzeugen, 600 Maschinengewehren und einer großen Menge Munition. Unschlüssig dieser Waffenladung und in Anbetracht der Vermutung der Kanton-Regierung, daß Deutschland der Kanton-Regierung nicht nur Waffen, sondern militärische Führer zur Verfügung stellt, hat Kanton den Bojkott sämtlicher deutscher Waren beschlossen.

Das auswärtige Amt äußert sich zu dem Beschluß der Kanton-Regierung dahin, daß die Reichsregierung Unternehmungen deutscher Firmen gegen Kanton oder Kanton keinerlei Schutz zu

teil werden lasse. Allerdings bestehe keine gesetzliche Möglichkeit, gegen die Durchfuhr im Ausland hergestellten Kriegsmaterials durch Deutschland und seine Weiterfuhrung ins Ausland vorzugehen. Ein Gesetz gegen solche Waffenlieferungen nach China sei 1928 vom Reichstag beschlossen worden, aber es sei am 1. Mai 1929 abgelaufen und nicht erneuert worden. Die Beziehungen in China seien im Mai 1929 vollkommen konsolidiert gewesen. Ganz China habe seinerzeit anscheinend unter der Schanghai-Regierung gestanden. Auch andere europäische Regierungen hätten deshalb die Ausfuhrverbote von Waffen nach China nicht aufrecht erhalten. Die einzige Möglichkeit, den deutschen Handel vor nachteiligen Folgen zu bewahren, bestehe in der gegenseitigen Verpflichtung der deutschen Firmen und Reedereien, den Waffenhandel nach China unter allen Umständen zu unterlassen.

Uns erscheint es höchst e Zeit zu sein, daß nach diesem Vorfall geschäftlich gegen den Transport von Waffen auf deutschen Schiffen eingegriffen wird. Der Vorfall ist ein Beispiel dafür, wie Patriotismus aber auch nur die Rücksicht auf den Gesamtstand eines Landes in dem Augenblicke verschwinden, wo ein einzelner ein Profit an dem Waffen-transport machen kann. Darüber hinaus aber wäre es wohl kaum wegen dieser Waffenlieferung zu einer Boykottbewegung in China gekommen, wenn nicht sich eine größere Zahl ehemaliger deutscher Offiziere in China der einen Regierung gegen die andere zur Verfügung gestellt hätten. Vielleicht macht sich das deutsche Bürgertum einmal klar, wie der Export deutscher Landstriche Deutschlands Stellung in der Welt diskreditiert und damit seine Ausfuhr und Arbeiterkraft schädigt.



Das zurückgetretene englische Arbeiterkabinett, das vom 7. Juni 1929 bis zum 24. August 1931 regierte.

Freistaat Baden

Das Reich und die Not der Städte

Vom Badischen Städteverband und Badischen Städtebund wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen erschien in verschiedenen Zeitungen ein Artikel, in dem betont wird, es sei völlig unberechtigt, der Reichsregierung Vorwürfe zu machen, weil es sich nicht genügend um die Finanzlage der Gemeinden gekümmert habe. Durch die Reichsnotverordnung vom 5. Juni 1931 seien den Gemeinden 60 Mill. RM zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtskosten aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden. Ferner seien die Länder verpflichtet worden, den durch die Gehaltskürzung der Staatsbeamten ersparten Betrag den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Schließlich sei auch durch die Reichsnotverordnung vom 1. Dezember 1930 im Zusammenhang mit der Realfeuerungsumstellung ein Ausgleichsfonds für Gemeinden mit besonders hohen Wohlfahrtslasten gebildet worden. Auf der anderen Seite hätten viele Gemeinden noch nicht alle Sparmöglichkeiten erschöpft, insbesondere die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten den Bezügen gleichwertiger Reichsbeamter noch nicht angepaßt. Nachdem das Reich den Weg der Selbsthilfe beschritten habe, müßten ihm nun auch die Gemeinden auf diesem Wege folgen.

Diese Ausführungen sind geeignet, einen völlig unzutreffenden Eindruck über die Finanzwirtschaft und die tatsächliche finanzielle Lage der Gemeinden in der Defizitsituation herbeizuführen und bedürfen in allen Punkten einer Richtigstellung. Der von dem Reich im Juli dieses Jahres zur Verfügung gestellte Betrag von 60 Millionen RM war bei der ungeheuren Steigerung der kommunalen Wohlfahrtskosten eine absolut unzulängliche Hilfe. Dies umso mehr, als die Gemeinden durch die gleiche Reichsnotverordnung mit neuen, bisher dem Reich obliegenden Wohlfahrtsausgaben befaßt wurden, so daß ein erheblicher Teil des Zuschusses dadurch wieder aufgefressen wurde. Die Gesamtbelastung der Gemeinden durch Wohlfahrtsverweiserlose und durch die Krisenfürsorge wird im Jahre 1931 die ungeheure Summe von 1 Milliarde RM beträchtlich übersteigen.

Den badischen Städten steht aus den Erparnissen des Landes durch die Gehaltskürzungen praktisch überhaupt nichts zu, da das Land den Gemeinden durch das Notgesetz vom 9. Juli 1931 neue Belastungen, insbesondere in Form eines Lehrerbetrages auferlegt hat. Besondere ist den badischen Städten eine Hilfe aus einem im Zusammenhang mit der Realfeuerungsumstellung zu bildenden Ausgleichsfonds zuteil geworden. Die badischen Städte haben im Gegenteil erhebliche Mittel ihres Gebäudesonderverbrauchs an die Landgemeinden abgeben müssen, um diesen eine Senkung ihrer Realsteuern zu ermöglichen.

Die fortgeschrittene Steigerung der Wohlfahrtskosten hat die Städte in den letzten Jahren zu wiederholten und immer stärkeren Ausgabedrosselungen gezwungen. Die Städte haben daher den Weg der Selbsthilfe schon längst vor Reich und Land beschritten und die einschneidendsten Sparmaßnahmen durchgeführt. Neben alle Städte haben sich zu einem weitgehenden Abbau von Beamten, Angestellten und Arbeitern, zur Einschränkung von Ausgaben, zu technischen und bürokratischen Rationalisierungsmaßnahmen jeder Art gezwungen. Die Städte sind selbstverständlich bemüht, auch weiterhin alle Möglichkeiten durchzunutzen, durch die sich irgendwelche neuen Einsparungen erzielen lassen. Der Deutsche Städte-

tag hat vor wenigen Tagen erst zu diesem Zwecke ein neues rigides Sparprogramm aufgestellt, das in seinen Einzelheiten zur Zeit noch durchgearbeitet wird.

Die Gemeinden werden selbstverständlich auch die Beamtenbesätze herabsetzen, soweit sie höher liegen sollten als die Bezüge gleichwertiger Reichs- und Landesbeamten. Bis heute stehen die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen Richtlinien über die Vergleichbarkeit noch aus. Es muß aber ausdrücklich darauf gewarnt werden, von dieser Annullierung der Gehälter wesentliche finanzielle Erparnisse zu erwarten. Tatsächlich kann es sich nur um Einzelfälle handeln, in denen eine solche Herabsetzung in Frage kommt, da die höchsten Städte ihre Reduktionsordnungen derjenigen des Landes allgemein angepaßt haben.

Es muß aber auch ausdrücklich festgestellt werden, daß alle Sparmaßnahmen und Bemühungen der Städte, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, bisher von Reich und Land dadurch immer wieder gegenstandslos gemacht wurden, daß man den Gemeinden neue Lasten auferlegt hat. Die Gemeinden wären in der Lage, ihre Etats in Ordnung zu halten, wenn sie nicht durch die unerhörte Zersplitterung in der Arbeitslosenfürsorge, durch die dauernde Steigerung des Fürsorgeaufwandes sowie durch die Aufhebung neuer Lasten und Schmälerung ihrer Einnahmen durch das Land immer wieder in Unordnung gebracht würden.

Nationalsozialistische Kultur

Die Freiburger Volkswacht meldet: „Ein Schandmal nationalsozialistischer „Kultur“ haben die Freiburger Nazi in der Nacht von Samstag auf Sonntag am Gebäude der Volkswacht errichtet. Etwa gegen 2 Uhr nachts wurde die ganze Häuserfront in der Freiburger- und Lindenstraße mit einer blauen Flüssigkeit verkleistert. Das alles sind die „geistigen“ Waffen einer Partei, die angeblich für die Reinigung des öffentlichen Lebens und für deutsche Sitte und Kultur kämpft! Die traurigen Wesen, die zu nächstlicher Stunde ihrem kischigen Gewerbe nachgehen, sind nicht einmal so sehr als die Schuldigen anzusehen, denn es dürfte sich hier um gekaufte Subjekte handeln, die eben um Geld zu jeder Schandtat bereit sind. Die intellektuellen Urheber sind vielmehr bei den Führern der Nazi-Partei zu suchen, die aus dem sicheren Hinterhalt die Drahtzieher spielen. Ihnen fällt das Attentat auf fremdes Eigentum zur Last. Die abnungslosen Spieler, die ihr Eigentum im kommenden „Dritten Reich“ besonders gesichert fühlen, mögen an diesem Beispiel erkennen, daß der deutsche Faschismus mit den gleichen verwerflichen Mitteln arbeitet, wie der italienische, dessen Weg bekanntlich über zerrissenes Privatigentum, über niedergedrante Vereinshäuser, demokratische Druckereien und Privathausausstattungen politisch Andersdenkender ging.“

Im Anschluß an diesen schandvollen Vorgang macht die Volkswacht folgende Bemerkungen: „Als intellektuelle Urheber an solchem Vandalismus sind aber auch jene Presseorganisationsstellen anzusehen, die der nationalsozialistischen Nordrenner- und Brandstifterbande ihre Unterstützung angedeihen lassen. Sehr eigentümlich berührt es auch, daß die Subelarbeit am Volkswacht-Gebäude inmitten der Stadt ausgeführt werden konnte, ohne daß die Täter von den Hütern der Ordnung gestört wurden. Es hat fast den Anschein, als ob das Gebiet, in dem sich die Geschäftsstelle der Nazi-Partei befindet, für die Polizei exterritoriales Gebiet darstellt. In dieser Vermutung wird man durch mancherlei Anzeichen bestätigt. Man stellt die Republikaner, die in Freiburg immer noch die überwiegende Bevölkerungsmehrheit darstellen, in der Tat auf eine harte Geduldprobe!“

Nazis und Kozis - Sowjetstern und Hakenkreuz

Das Zusammenwirken von Kommunisten und Nationalsozialisten bei der Volkseinsatzaktion in Preußen hat alle diejenigen überrascht, die glauben, daß zwischen der faschistischen „Mörder- und Streikbrecherbande“ und der „toten Wozepst“, wie sie sich gegenseitig nennen, unüberbrückbare Feindschaft bestehe. Dem ist aber nicht so. In dem gleichen Maße, in dem man sich in tausend Straßenschlachten bekämpft hat, hat man sich gegenseitig auch gefördert und in die Hand gearbeitet.

Wir lassen eine Zusammenstellung aller jener Vorgänge folgen, die zeigen, daß die Zusammenarbeit der KPD. und der NSDAP. sich schon über den Zeitraum von mehreren Jahren erstreckt.

1. Wie die Nazis Kozis züchten

Nationalsozialistische Reden und Pressestimmen

„Wir verlangen den Ausschluß aus dem bolschewistischen Ausland, da der Herr Lenin neben Hitler der einzige Mensch ist, der in der modernen Zeit erkannt hat, daß nur auf einer nationalen Grundlage eine Exportnation der Kapitalisten Sinn und Erfolg hat. Die Zukunft liegt für unsere Partei vollkommen bedeutungslos geworden.“

NSDAP.-Gauleiter Kaufmann, M. d. R., in einer Rede in Oberhausen, Dezember 1925.

„Zwischen den Zielen der Bolschewisten und der Kommunisten besteht — außer einigen Unklarheiten in der nationalen Fragestellung und in der Massenfrage — wenig Trennung.“

Aus einer Rede des Abgeordneten Streiber in Nürnberg 1924, zitiert nach Münchener Ausbürgerungsbescheid Nr. 117, Jahrg. 1924.

„Wir sind uns wohl bewußt, daß der politische Generalstreik, denn um einen solchen handelt es sich hier, eine zweischneidige Waffe ist. Aber einmal außerordentliche Situationen immer außerordentliche Mittel und zum anderen ist in der gegenwärtigen Situation der Generalstreik nicht nur die einzige, sondern auch die wirksamste Waffe.“

Nationale Volkszeitung, München am 12. 6. 1930.

„Zunächst sind wir Nationalsozialisten bewußte Anhänger des Streiks, der im Auge hat, die wirtschaftliche Besserung des Arbeiters zu erreichen.“

„Es ist die einzige Möglichkeit nach dem vollständigen Verlegen der derzeitigen Schlichtungsgerichte, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, oder doch zumindest die Möglichkeit einer Verewaltung der Tarife durch Unternehmervilligkeit auszuhalten.“

„Das alles bricht jedoch wie ein Kartenhaus zusammen, wenn einmal in den Betrieben der Nationalsozialismus auftaucht, und es genau, um seine sozialrevolutionäre Haltung durchzusetzen, mit der kommunistischen Opposition verknüpft und gegen die Gewerkschaftsbürokratie einer längst schon überholten Sozialdemokratie zu Felde zieht.“

Angriff, vom 12. 6. 1930.

„Die Kommunisten sind mir zehnmal lieber als die Nationalsozialisten.“ erklärte ein bayerischer Nationalsozialistischer Wortführer im Wahlkampf 1928 und wiederholte das ausdrücklich auf noch zweimaligen Betragen.

Zitiert nach „Nationalsozialismus und Bauerntum“ von Otto Weber, Weimar 1929, Seite 34.

„Wir Nationalsozialisten sind ja auch bereit, wenn es gegen die internationalen Finanzböden und ihre Zwitterpartei geht, uns mit den Kommunisten zusammenzusetzen. Wir Nationalsozialisten werden durch die Regierung der KPD., des Zentrums, der Deutschen Volkspartei ebenfalls verfolgt wie die Kommunisten.“

Aus einem Aufsat im Völkischen Beobachter Nr. 251 vom 29. 10. 29.

Der Vorwärts bringt diese Meldung: „Dieser Tage veranstalteten in Ingolstadt in Bayern Kommunisten und Hitlerpartei zusammen eine sogenannte Gewerkschaftsdemonstration. Ein ähnlicher Vorgang wird jetzt aus Schleswig-Holstein bekannt. Auch dort fanden sich Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen. An der Spitze marschierten die Kreisführer der Nazis, Mager-Quade und der dortige KPD.-Führer Janion. Eine niedliche Illustration zu dem kommunistischen Schlagwort: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“

„Wir stehen nicht an, zu erklären, daß sich mit diesen gemeinsamen Demonstrationen politische Möglichkeiten eröffnen, vor denen die Weimarer Republik zittern müssen.“

Aus einem Artikel der NSP. (Ueberschrift: Sunenarmark! Gemeinsame Aktion! Davon sitzen sie!) zitiert nach Nationaler Volkszeitung Nr. 73 vom 26. 3. 1930.

„Nicht der Kommunismus ist für die NSDAP. der gefährlichste Gegner. Mit der KPD. läßt sich auf jeden Fall ein Modus vivendi finden. Der wahre Feind steht vor der NSD. bis zu dem schwarzen Gefindel. Hier ist härtester Kampf am Platze.“

NSDAP.-Abgeordneter Söder in einer Parteiverammlung in Berlin-Kreuzberg am 18. 3. 1931.

Nach einer kommunistischen Sportplatzversammlung erklärte ein NSDAP.-Funktionär auf der Straße vor Kommunisten: „Gegen die Polizei sind wir einig! Im Grunde ist das ja auch egal, ob Hitler oder Thälmann. — Die Hauptsache ist, daß es Bruch gibt und die ganze Bude auseinanderplatzt! Es ist ja nur ein Unterschied in der Taktik.“

Vorwärts Nr. 270 vom 12. 6. 1931.

Auf der Organisationsversammlung des Gaues Essen der NSDAP. in Duisburg hat nach einem Bericht der National-Zeitung der Gauleiter Terboven, M. d. R., folgendes ausgeführt: „Aus allen Anzeichen, die wir hier im Ruhrgebiet bemerken, können wir sehen, daß sich die KPD. die lebhafteste Mühe gibt, verblüffte Volksteile unter gleichzeitiger Organisierung absoluten Verbrechen zum Gewaltakt anzuheben. In einer außerordentlich verheerenden, unvorstellbaren Form hat man in den letzten Tagen Führer angekreidet, um zu erkunden, wie die NSDAP. sich im Falle solcher Unruhen verhalten würde. Ich möchte auf diese Führer von dieser Stelle aus eine ebenso klare wie eindeutige Antwort finden: Der Nationalsozialismus dankt gar nicht daran, dieses System der KPD. und Ordnung zu erhalten. Der Nationalsozialismus freut sich im Gegenteil, wenn, gleich welche Kräfte, diesem System die Gurgel abbrechen.“

Bayerischer Kurier Nr. 168 vom 17. 6. 1931.

„In seiner Verweigerung gerät der deutsche Nationalismus auf den irdischen Ausweg, Schutz gegen den Bolschewismus im faschistischen Wehen zu suchen. Ströher hat da schon durchaus recht,

wenn er von einem inkontinentalen Antibolschewismus spricht, der Herzen und Hirne der nationalen Jugend verwirrt hat... Auslandsrot wird unsere Rot sein und umgekehrt. Darum fühlen wir uns Ausland als Träger eines gemeinsamen Schicksals verbunden. Auslandsfreiheit wird unsere Freiheit sein und umgekehrt. Darum stellen wir uns Ausland an die Seite als gleichwertiger Partner im Kampf um diese Freiheit, die uns alles bedeutet.“

Dr. Goebbels in Nr. 8 der Nationalsozialistischen Briefe.

2. Die Folge: Die Nazis kommen zu den Kozis

„Die Ortsgruppe der NSDAP. in Mahlis bei Dörsch (Sachsen) ist geschlossen zur KPD. übergetreten.“

Berliner Tageblatt Nr. 90 vom 22. 2. 1931.

„Das NSDAP.-Mitglied Habermann trat Anfang März mit 6 weiteren NSDAP.-Mitgliedern auf dem revolutionären Volkstourenzug gegen die Diktatur des Finanzkapitals zur KPD. über.“

Rote Fahne Nr. 59 vom 11. 3. 1931.

„Mitte März 1931 trat der nationalsozialistische, aus dem Reichswahlbezirk bekannte Deutscher Scherlinger zur KPD. über.“

„Auf der ostpreussischen Bezirkskonferenz der kommunistischen Jugend am 24. 3. 1930 traten vier Mitglieder der Hitlerjugend zur kommunistischen Jugend über.“

Rote Fahne Nr. 71 vom 25. 3. 1931.

„In Oldenburg trat am 27. 4. das NSDAP.-Mitglied de Bruh, in Regensburg am gleichen Tage der NSDAP.-Agitator Lange, zur KPD. über.“

Rote Fahne Nr. 98 vom 28. 4. 1931.

Unsere Säuglinge



„Die kenne ich alle. Die waren damals alle in Rotfront, wie ich noch Nazi war.“

„Der NSDAP.-Funktionär Eugen Giewenter trat am 1. Mai in Feuerbach bei Stuttgart der KPD. bei.“

Rote Fahne Nr. 104 vom 6. 5. 1931.

„Am Sturm 23 in Köln fand Anfang Mai ein Dutzend SA-Mitglieder zur KPD. übergetreten. Das gleiche Bild ist bei den Stürmen 13, 32, 37 zu verzeichnen.“

Frankfurter Volkstribüne Nr. 106 vom 8. 5. 1931.

„Der ehemalige Schriftleiter des Völkischen Beobachters, Mehl, tritt im Freistaat Sachsen als kommunistischer Propagandaredeur auf.“

Der Freiheitskampf Nr. 146 vom 26. 6. 1931.

„Der Mindener Stadtparordnete Buschmann ist im Juni 1931 von der NSDAP. übergetreten.“

Braunschweiger Volksfreund Nr. 143 vom 29. 6. 1931.

„Der ehemalige Redakteur Bobo Uebe der nationalsozialistischen Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung ist im vergangenen Winter der KPD. beigetreten und redigiert den Freijugend des kommunistischen Komitees zur Vorbereitung des deutschen Reichsbauernkongresses.“

Germania Nr. 32 vom 21. 7. 1931.

„Der nationalsozialistische SA-Führer Berzon aus Eisdorf bei Lübeck trat am 21. 7. 1931 zur KPD. über.“

Rote Fahne Nr. 147 vom 24. 7. 1931.

Ferner traten zur KPD. über: Der Betriebszellenleiter Mummendorf-Berlin, der SA-Führer Robert-Klein, Agitator Kurt Schmidt-Hamburg.

3. Vom Sowjetstern zum Hakenkreuz

„Zur NSDAP. übergetreten ist der kommunistische Felix Neumann, bekannt aus dem Tschetaprosch.“

Volksische Zeitung Nr. 200 vom 29. 4. 1930.

Der Angriff gibt in seinem Bericht über den Landfriedensbruchprosch des SA-Mannes Dägelow an, daß dieser gleichzeitig der nationalsozialistischen SA. und der KPD. angehört.“

Der Jungdeutsche Nr. 266 vom 13. 5. 1930.

„Das Hechtviertel in Dresden war früher kommunistische Hochburg. Heute sind fast alle ehemaligen Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes in der SA. der Nazis. In Johannstadt sind restlos alle

neuen Mitglieder der letzten zwei Jahre zu Hitler abgewandt. Genau so sieht es im übrigen Sachsen aus.“

Dresdener Volkszeitung Nr. 40 vom 17. 2. 1931.

„Der nationalsozialistische Agitator Iwan Junablatz war bis vor kurzem noch als Agitator der KPD. tätig. Er tritt bei den Nationalsozialisten deshalb unter falschem Namen auf.“

Bayerischer Kurier Nr. 84 vom 25. 3. 1931.

„Die Kommunisten Hoopmann und Rattenberg, zwei verurteilte Kowbys, sind im Winter dieses Jahres der NSDAP. übergetreten.“

Bremer Volkszeitung Nr. 74 vom 28. 3. 1931.

Der Nationalsozialist (Weimar) veröffentlicht in Nr. 43 vom 31. 3. 1931 einen Artikel von Friedrich Casar Köhner mit der Ueberschrift: „Warum ich, Gründer der Ortsgruppe Chemnitz der KPD., Nationalsozialist wurde.“

4. Zusammenarbeit zwischen Kozis und Nazis

„In einer kommunistischen Versammlung in Chemnitz erklärte der sächsische Landtagsabgeordnete Sindermann im September 1930: „Sowohl, wir sehen zu, daß wir im Bund mit den Nationalsozialisten stehen, daß wir vereint mit den Nationalsozialisten das bestehende System zertümmern wollen, daß wir mit den Nazis gemeinsam in Deutschland den nationalen Bolschewismus einführen wollen. Nicht international, sondern national, mit den Faschisten, wollen wir die deutsche Arbeiterschaft befreien. Bolschewismus und Faschismus haben beide ein gemeinsames Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, ist uns jedes Mittel recht.“

Der gleiche Sindermann sprach einige Tage vorher in einer nationalsozialistischen Versammlung, wo er erklärte, daß die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ nicht mehr aufrecht erhalten werde.“

Vorwärts Nr. 417 vom 6. 9. 1930.

„In Wiesbaden hielten die Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam Versammlungen ab. Das Abkommen zwischen den rechts- und linksradikalen Kowbys wurde beschlossen, weil bei den hohen Eintrittspreisen, die von den Kommunisten und Nationalsozialisten in ihren bisherigen Versammlungen erhoben wurden, die Säle fast immer leer blieben. Man kam daher überein, das Geschäft künftig gemeinsam zu machen, indem man sich die Einnahmen aus den Eintrittspreisen teilte und die Saalmitiete halb zahlte.“

Vorwärts Nr. 417 vom 6. 9. 1930.

„Vor dem Großen Schöffengericht in Verubura (Saale) wurde ein Buchdruckermeister zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte kommunistische Flugblätter gedruckt, die die Aufhebung der hohen Eintrittspreisen, die von den Kommunisten und Nationalsozialisten in ihren bisherigen Versammlungen erhoben wurden, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten beflaggnet wurden. In der Verhandlung teilte der Buchdruckermeister mit, daß er Nationalsozialist sei und die Zeitung seiner Partei von diesem Druckauftrag Kenntnis gehabt hätte.“

Kölnische Zeitung Nr. 519 vom 22. 9. 1930.

„In Sprau (Sachsen) führten Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam einen Bürgerentscheid über die Auflösung des Gemeindevorstandes durch, der jedoch höchlich scheiterte.“

Volkszeitung für das Saarland Nr. 3 vom 5. 1. 1931.

„Die Hitlerjugend Bremen und der kommunistische Jugendbund Bremen hielten Anfang März eine gemeinsame Versammlung ab.“

Bremer Volkszeitung Nr. 53 vom 4. 3. 1931.

„In Effelder, einer Gemeinde im Kreise Sonneberg (Thür.) war die Bürgermeisterei zu besetzen. Der Gemeinderat setzt sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 3 Nationalsozialisten. In der Wahl fanden ein Sozialdemokrat und ein Nationalsozialist. Die Nationalsozialisten wählten gemeinsam mit den Bürgerlichen ein eingeschriebenes Mitglied der NSDAP. zum Bürgermeister.“

Vorwärts Nr. 141 vom 25. 3. 1931.

5. Kritische Stimmen über das gefährliche Doppelspiel

„Die Nationalsozialistische Bewegung ist heute längst nichts anderes mehr als nationaler Bolschewismus.“

Dr. Dinter in Das Geisteschriftentum Jahrg. 1929, Seite 7, 8, 18.

„In einem Rundschreiben des Reichswehrministers über die NSDAP. vom Frühjahr 1931 heißt es: „Diese Methoden unterscheiden sich in nichts von denen der Kommunisten. In einem Bericht der G.P.U. an Moskau heißt es darum auch: Es sei sehr wichtig, daß die nationalsozialistische Bewegung unter (d. h. die bolschewistischen d. h.) Bekräftigungen unterstütze. Der Schreiber geht sogar so weit, zu behaupten, daß der einfache Mann kaum einen Unterschied zwischen den beiden Arten der Propaganda erkenne.“

Der Jungdeutsche Nr. 105 vom 7. 5. 1930.

„Er fand eine Unzulänglichkeit katastrophalen Ausmaßes. Das geistige Rückgang der Bewegung war brüchig und hielt dem Bolschewismus nicht stand, der revolutionäre Schwung ist längst tot und die parlamentarische Taktik von einer ungeheuerlichen Antonomie. Das schlimmste war der Exodus. Was bleibt von dem stolzen Nationalsozialismus nun eigentlich noch übrig, nachdem er der Revolution und dem Sozialismus abgeschworen hat und nun auch die „legale“ Macht aus der Hand gibt? — Nichts. Verzweiflung. Stucht zum Bolschewismus.“

Rassauische Bauernzeitung, Jahrg. 1931, Nr. 68, zum Uebertritt Scherlingers zur KPD.

„Darüber hinaus aber handelt es sich um ein ernstes Warnungszeichen für den Nationalsozialismus selbst... Die größte Gefahr der Radikalisierung besteht ja gerade darin, daß die Extreme sich berühren, die Grenzen allzu leicht verwischt werden und die radikalen Phrasen des Nationalsozialismus ohne Zwang sich in die radikalen Phrasen des Kommunismus einfügen lassen. Die hier schon vor Monaten ausgesprochene Befürchtung, daß die kommunistische Partei den Nationalsozialismus in erster Linie als ihr großes Retinendevot betrachte, hat eine gewisse Bestätigung erfahren und die Verantwortung der Führer der äußersten Rechten ist durch den Fall Scherlinger nur noch ärger geworden.“

D.N.Z. Nr. 129 vom 21. 3. 1931.

„Das bedauerliche Zeichen an dieser Radikalisierung ist der Uebertritt von Mitgliedern der NSDAP. zur KPD. Hitler wird sich vielleicht einmal zu verantworten haben dafür, daß er sozialistische Tendenzen gepredigt hat, die er nicht durchführen kann. Und weil die Mitglieder der NSDAP. eben erkennen, daß er sie nicht durchführen kann, deswegen gehen sie zu den Kommunisten.“

Aus einer Rede Dingeldeys in Hamburg, zitiert nach Rote Fahne Nr. 117 vom 5. 6. 1931.

Aus aller Welt

Die deutsche Sportbehörde für Leichtathletik und der Zusammenbruch einer Münchener Bank

Das Conti-Nachrichtenbüro meldet: Der Lokalanzeiger berichtet in seiner Abendausgabe von der gestrigen Gläubigerversammlung des vor kurzem zusammengebrochenen Münchener Bankhauses Ruederer u. Lang, bei dem, wie er meldet, durch die Wahl des Geschäftsführers der deutschen Sportbehörde für Leichtathletik, Bahler, in den Gläubigerauswahl bekannt wurde, daß die deutsche Sportbehörde bei dem zusammengebrochenen Bankhaus auf Kontokorrentkonto 160 000 RM. angelegt hatte.

Der Status der zusammengebrochenen Bank läßt höchstens eine Quote von 50 Prozent erhoffen, so daß nach Ansicht des Blattes schon heute die Sportbehörde für Leichtathletik mit einem Verlust von 80 000 RM. rechnen muß. Wie es in der Meldung weiter heißt, sind die 160 000 RM. das gesamte Vermögen, das die deutsche Sportbehörde für Leichtathletik beiseite hat.

Do. X in Charleston

Charleston (Südkarolina), 25. Aug. Das Flußboot Do. X ist um 12.35 Uhr Drissel von Miami kommend hier eingetroffen.

Selbstmordversuch des Direktors der Darmstädter Volksbank

Darmstadt, 25. Aug. Direktor Weiser von der Darmstädter Volksbank hat einen Selbstmordversuch unternommen. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt.

In einer heute nachmittag hier abgehaltenen Pressebesprechung in Sachen der Zahlungseinstellung der Darmstädter Volksbank wurden nähere Umstände über das Zustandekommen der finanziellen Schwierigkeiten gemeldet. Aus dem Status der Bank ergibt sich keine akute Gefahr für die Gläubiger und die Kunden der Bank. Bei ruhiger Abwicklung werde sich jeder Verlust vermeiden lassen.

Angelagter Van Gogh-Fälscher

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Kunsthändler Wader aus Berlin Anklage wegen Fälschung erhoben. Wader wird beschuldigt, 30 Gemälde Van Goghs gefälscht zu haben.

Berichtigter Justizirrtum

Der am 4. Juni 1921 vom Schwurgericht in Paderborn wegen Brudermordes zum Tode verurteilte und zu lebenslänglichem Zuchthaus beantragte Müller-Geselle Anton Lange aus Hohenau (Westfalen) wurde plötzlich aus der Straftat entlassen. Die Entlassung erfolgte auf Veranlassung des preussischen Justizministers, der sich davon überzeugt hat, daß das von einem Privatdetektiv beigebrachte Entlastungsmaterial weitgehend für die Unschuld Langes zu sprechen scheint. Lange selbst, der auf Grund eines umfangreichen In-

disienbeweises verurteilt worden war, hatte vom Beginn des Verfahrens an seine Unschuld beteuert. Er hat lange verächt, ein Wiederannahmeverfahren zu erwirken.

Erdbeben in Belutschistan

W.B. London, 25. Aug. In Quetta (Britisch-Belutschistan) ist eine Welle über ein heftiges Erdbeben eingelaufen, bei dem viele Häuser beschädigt worden sind.

Ein Todesopfer des Eisenbahnunglücks im Duisburger Bahnhof

Der bei dem Eisenbahnunglück im Duisburger Hauptbahnhof schwer verletzte Postkassierer Kanis aus Klein-Wehrheim ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Deutscher Zuverlässigkeitsflug 1931

Vom 18. bis 20. September ds. Js. wird die jährliche Parallelveranstaltung des Deutschlandfluges, der „Deutscher Zuverlässigkeitsflug 1931“, stattfinden. An der Veranstaltung nehmen nur Amateurlieger teil. Obwohl nur etwa 50 Flieger zugelassen werden können, beläuft sich die Zahl der Anmeldungen bis jetzt bereits auf 87.

Devacheim-Parallele

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Devacheim-Affäre hat die Staatsanwaltschaft I beim Landgericht Berlin eine Untersuchung bei der „Hilfskasse Gemeinnütziger Wohlfahrtsvereine“, die zu dem evangelischen Bauvereinskongress eine Beziehung unterhielt, eingeleitet. Es wird bekannt, daß bei der „Hilfskasse“ etwa 500 000 Mark öffentlicher Gelder unterliegen worden sind. Entsprechend dem Vorgehen beim Devacheim-Kongress sollen die leitenden Direktoren dem Schuldigen auch noch eine weitere Summe ausgehändigt haben, als dieser mit Enthaltungen drohte. Der Stand der Dinge ist bis ins Jahr 1928 zurück. Unter anderem sah damals im Auftrag der „Hilfskasse“ B. A. J. C. E. m. e. r. aus Potsdam, dessen große Schuld in der Devacheim-Affäre sich von Tag zu Tag deutlicher herausstellte.

Französischer Sonderzug mit Kindern entgleist

Bei Lucenon in der Vendée entgleiste ein mit Kindern besetzter Sonderzug, der sich auf der Fahrt nach Lourdes befand. Sämtliche Wagen des Zuges bis auf die Lokomotive stürzten um. 30 Reisende wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Sturm an der bretonischen Küste

An der bretonischen Küste wütete ein furchtbarer Sturm, in dessen Verlauf 8 Matrosen von 3 Fischerdampfern über Bord gespült wurden und ertranken.

Kleine badische Chronik

Brand

Bermersbach (bei Forstbach). Montag nachmittag gegen 3 Uhr brach in dem Konsumgebäude des Bäckermeisters Ernst B. u. J. Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit auf den Dachstuhl des Wohnhauses übergriff. Der Feuerweh von Bermersbach gelang es, das Feuer so weit einzudämmen, daß die Nachbargebäude von dem verderbenden Element verschont blieben. Gegen 4 Uhr war das Feuer lokalisiert. Der Gebäudeschaden beträgt 8000 bis 10 000 M., der Fahrnischaden 5000 M. Unter dem Brand der Brandstiftung wurde der Bruder der im zweiten Stock wohnhaften Rosa W. u. J. vorläufig in Haft genommen.

Die Familientragödie auf dem Gnadensee

Konstanz, 25. Aug. Die Familientragödie auf dem Gnadensee hat nunmehr ihre Aufklärung gefunden. Nach einer telefonischen Mitteilung der Arbeitgeberfirma des Gatten in Ragold, hat Herr Treffahn diese von seinem Vorhaben, aus dem Leben zu scheiden, benachrichtigt und gleichzeitig die Bitte zum Ausdruck gebracht, für den Fall des Auffindens der Leichen im örtlichen Friedhof in Reichenau bestattet zu werden. Somit ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Treffahn mit Frau und Kind freiwillig in den Tod gegangen ist. Wie weiter festgestellt wurde, litt Frau Treffahn schon seit längerer Zeit an einer Nervenkrankung und war bis vor kurzem in einem psychopathologischen Institut in Tübingen zur Heilung untergebracht. Da sich die Krankheit der Frau als unheilbar herausstellte und auch der Ehemann dadurch in Sinnesverwirrung geriet, hat die Familie den unglücklichen Schritt getan. Die Leichen der Eltern und des Knaben konnten noch nicht gefunden werden.

Von einem Stier erdrückt

Grensach, 25. Aug. Auf tragische Weise kam in Fließ der Landwirt Arnold Schuhmacher aus Leben. Ein Zuchstier hatte ihn beim Hüten erdrückt, so daß er den schweren inneren Verletzungen erlag.

Aus Capenne in die Heimat

Rehl, 24. August. Durch ein soeben veröffentlichtes Dekret hat die französische Regierung endlich den bedauerlichen Fall des deutschen Staatsangehörigen Schwarz aus der Welt geschafft. Schwarz war im Jahre 1919 von den Franzosen in Rehl in Baden, wo er seine kranke Mutter besuchte, verhaftet und nachher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe d. h. zur Deportation nach Capenne, verurteilt worden mit der Begründung, daß er Franzose sei und im Kriege gegen Frankreich gekämpft habe. In Wirklichkeit war Schwarz der Sohn elterlicher Eltern, die noch zur französischen Zeit vor 1870 nach Corsica verzogen waren, also als Franzose geboren. Da aber die Familie später nach dem inzwischen deutsch gewordenen Elternteil zurückgekehrt war und der Vater durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte, betrachtete sich der Sohn als Deutscher und erfüllte seine Militärvpflicht, auch im Kriege. Das nun erlassene Dekret erteilt Schwarz die Ermächtigung, die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten. Die Folge muß nun sein, daß das gegen ihn erangene Kriegsverurteil aufgehoben wird und er aus der Strafkolonie Capenne, wo er sich seit zehn Jahren befindet, wieder entlassen wird.

Nedarhausen. Auf dem Bahngleis bei Köfen 72 wurde am Sonntag die Leiche eines etwa 20jährigen Mannes, der sich vom Elbus überfahren lassen, gefunden. Er trug Wanderkleidung, schwarze Hosen, blaue Jacke, Sandalen und Armabänder. Kopf und Arme waren vom Ärtler getrennt. Im Geldbeutel fand man noch eine kleine Postkarte. Neben der Leiche lag ein Brief „An die Mutter“, aus dem hervorgeht, daß der junge Mann Fritz hieß und den Tod aus Verdesummer suchte. Die Leiche konnte noch nicht identifiziert werden.

Kinshelm (Bezirk Buchen). In das hiesige Gasthaus „Zum Ochsen“ wurde ein Einbruch verübt. Dem Dieb fielen neben Kleingeld und Privatassesse des Hausbesitzers auch die Gelder der Gemeindefasse und der zur Ablieferung an die Ortstrankenkasse Buchen bereit liegenden Betrag des Krankentaggelbes in die Hände.

l. Kallau (Amt Reustadt). Von der Wirtschaftskasse hart mitgenommen wird die Gemeinde Kallau. Der einsige industrielle

Betrieb, die jahrzehntlang gutgehende Draht- und Schraubenfabrik, ist zum völligen Stillstand gekommen, wodurch viele Arbeiter und Angestellte ihren Verdienst verloren. Durch die Schließung der Fabrik müßte die Gemeinde ihren besten Umlagezahler ein. Alle Bemühungen, einen anderen Industriezweig nach Kallau zu bringen, sind bis jetzt gescheitert.

Edmannsweller, Amt Willmann. Gestern früh gegen 3 Uhr brach in dem neben der Schule gelegenen Wohnhaus des Sattlers W. u. J. ein Feuer aus, welches in kurzer Zeit trotz der Anstrengungen der hiesigen und der Künigsfelder Feuerwehr das ganze Anwesen vernichtete. Außer einigen Ziegen konnte nichts gerettet werden. Der Brand soll im Schuppen ausgebrochen sein, doch ist die Ursache noch rätselhaft. Der Besitzer ist ungenügend versichert.

Lodman. Der etwa 40 Jahre alte in Muggenbrunn beheimatete Johann Sch. m. l. e. wurde von einem Mörder tot aufgefunden. Die Leiche lag mit dem Kopf in einem Bach. Schmelze trug 170 Mark Bargeld bei sich. Anzeichen liegen Selbstmord vor. Die Leiche wies Schußverletzungen auf. In der Nähe des Tatortes fand man eine neue Pistole und eine Anzahl Patronen.

Gewinnauszug

37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleiche hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die jede gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I und II

13. Ziehungstag 24. August 1931

On der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 163628	2 Gewinne zu 25000 M. 339328
4 Gewinne zu 5000 M. 9580	74369 134616 179678 301171 386167 399981
10 Gewinne zu 3000 M. 151308	194812 235925 268690 321204 326282 363320
50 Gewinne zu 2000 M. 5772	15034 74041 74799 90779 93195 218901 228482 243614 247748 292119 298278 323594 330779 350992 367663 369660 370042 374883 383633
110 Gewinne zu 1000 M. 10371	19330 20695 22005 22240 23902 29207 32114 38463 41138 49400 55033 67749 72493 73631 80390 88844 96858 96858 104576 109151 123950 124100 134987 148741 157919 159579 163100 170932 180776 189090 194108 197917 202608 233783 234956 246132 245223 253315 257048 264814 273923 274379 278832 299565 316943 321116 321583 334078 345449 362892 363661 396878 361604 363270 370989 376968 377889
158 Gewinne zu 500 M. 8882	14878 15867 16039 23203 28187 31211 31144 113172 114270 127726 128888 130891 136400 136831 155902 187543 188328 181125 189858 189801 171244 178531 178631 179688 20478 222115 223834 224117 227294 239979 244880 257520 263004 284845 301422 307518 308829 312111 315023 315663 326144 332061 332513 337104 338443 342989 344889 356878 368187 362467 363128 364083 367803 369802 373415 379170 383791 384078 397230

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 75000 M. 169799	2 Gewinne zu 10000 M. 358382
10 Gewinne zu 5000 M. 227284	302235 306925 353327 372796
14 Gewinne zu 3000 M. 47033	122262 166131 272673 280670 363496 372202
24 Gewinne zu 2000 M. 80327	106187 108168 120171 133769 171428 189220 207502 238212 255204 256272 260005 270313 330646 337903 339076 391754
88 Gewinne zu 1000 M. 782	16042 19021 21720 23413 32840 48909 52364 57435 66899 72865 80848 81472 80432 91553 110143 124615 133083 133115 139530 147186 152294 153088 164214 165292 187649 186888 200345 230344 252185 259759 268316 277859 278609 287291 287584 338234 357947 369926 360383 363631 369850 379157 384745 18611 18649 29802 34287 36436 36442 41860 46083 46477 47744 50714 54590 55852 56189 62030 63047 64538 69882 74404 74639 78536 8241 83608 83685 90949 92181 102415 105450 108964 114524 114810 117398 118536 129070 127000 131486 134622 140702 142442 166884 171584 171824 175393 183738 189118 193168 200063 201148 205068 220092 229782 242324 243422 250607 256117 272296 273623 275424 278789 279393 277083 280406 289179 290243 292868 330012 333228 333491 339580 341592 347037 371371 378425 381739 388887 393848

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 7000, 8 zu je 5000, 18 zu je 2500, 103 zu je 1000, 26 zu je 500, 544 zu je 300, 1592 zu je 200, 3184 zu je 100, 5188 zu je 50, 15762 zu je 400 Mark.

Gewerkschaftliches

Schmuckkonkurrenz gegen Hakenkreuz

Stuttgart, 24. Aug. (Ein. Drabl.) Es gibt jetzt überall sozial erwerbslose Musiker, das jeder Wirt, der seinen Gästen Musikunterhaltung bieten will, genügend Auswahl findet. In Ulm hat nun der Wirt des Gartenrestaurants Wilhelmshöhe sich entschlossen, keine Berufsmusiker für diesen Zweck zu bestellen, sondern die Ulmer Musikanten, die für den kolossalen Betrag von 40 Mark pro Abend aufsteht. Bei einer dreistündigen Konzertdauer und einer Besetzung mit 30 Mann ist das ein Stundenonorar von Mann von 44 Pfennig. Kein Berufsmusiker kann es sich leisten, für ein solches Honorar zu spielen. — Aber dieses Vorgehen der Musikanten hat noch schlimmere Folgen. Wenn ein Lokalwirt keine Kapelle für 40 Mark bekommt, werden seine Konkurrenten ebenfalls nicht geneigt sein, einen höheren Preis zu bezahlen. Sie können sich ja überzeit auf die Musikanten berufen. Die Folge davon ist: Weitere Vorkämpfer und erhöhte Erwerbslosigkeit im Musikerberuf. So sieht der „Sozialismus“ der Nazis in der Praxis aus.

Partei-Nachrichten

Bezirkskonferenz Bruchsal-Philippsburg

Am Sonntag, 6. September, vormittags 9 Uhr findet im weißen Saal des Bürgerhofes in Bruchsal eine Konferenz für sämtliche Parteioptionen des Bezirks statt. Auf der Tagesordnung steht: Die politische und wirtschaftliche Lage. 2. Die Notwendigkeiten und ihre Auswirkungen. Die Referenten werden noch benannt. Die Vorstehenden der Organisationen werden gebeten, dafür zu sorgen, daß die Mitgliedschaft zahlreich vertreten ist.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:
Freitag, 28. August:
Gengenau: Abends 8 Uhr im „Kreuz“ Mitgliederversammlung Landtagsabg. Gen. Reinhold Joch. Thema: Die Taktik der Partei.
Untergrombach: Abends 8 Uhr im „Engel“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Frick.

Samstag, 29. August:
Offenburg: Abends 8 Uhr im „Mündinger“ Versammlung von Parteigenossen, Gefinnungsfreunden und Volkstreuern mit Vortrag von Landtagsabg. Gen. K. u. d. r. t. über „Die finanzpolitische Lage Badens“.

Karlsruhe-Rintheim: Abends 8 Uhr im „Stich“ öffentliche Versammlung. Vortr. Gen. K. a. p. p. e. s. spricht. Thema: Die gegenwärtige Politik der Sozialdemokratie und das Proletariat.
Mühlhausen (Amt Bretten): Abends 8 Uhr im „Reins Nagel“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Landtagsabg. Gen. K. u. d. r. t. über das Thema: Welche Wege führen die Arbeiterpartei aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise heraus?
Grimmetersbach: Abends 8 Uhr spricht in einer Mitgliederversammlung im „Adler“ Gen. Otto Schwarz, Rde-Rintheim über „Die gegenwärtige politische Situation und die Haltung der SPD“.

Sonntag, 30. August:
Speilberg: Mittags 1/3 Uhr in der „Traube“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Frick.
Genoffinnen und Genossen! Erscheint nachlässig in den Mitgliederberufungen, bringt Gefinnungsfreunde mit und wehrt für Massenbesuch der öffentlichen Versammlungen.

Das Parteisekretariat.

Gemeindepolitik

Bergshaupten. Wie amtlich festgestellt ist findet in hiesiger Gemeinde am 13. Sept. die Bürgermeisterwahl statt. Wie man munkeln hört, wollen die Nazi den jetzigen Bürgermeister abjagen und uns in die Herrlichkeiten des Dritten Reiches führen. Wir wünschen ihnen hierzu ein fröhliches Geul!

Gierichte um einen Bürgermeister

D3. Reudersbach, a. d. Bergstraße, 25. August. Der seit drei Jahren amtierende Bürgermeister Ernst Schöder ist plötzlich von seinem Amte zurückgetreten, obwohl seine Amtsdauer erst in sechs Jahren abgelaufen wäre. Es sollen gegen ihn Anschuldigungen wegen schwerer Urkundenfälschungen und Betrags im Ganzen von 100 000 M. vorliegen. Die Angelegenheit ist am 25. August in die Hände des hiesigen Richters übergeben worden. Der Richter hat die Angelegenheit in die Hände des hiesigen Richters übergeben. Der Richter hat die Angelegenheit in die Hände des hiesigen Richters übergeben.

Aus dem Gerichtssaal

Juwelenräuber

D3. Wiesbaden, 24. August. Vor dem Wiesbadener Schöffengericht hatten sich zwei schwere Jungens zu verantworten, deren Verurteilungen von Juwelen- und Schmuckgeschäftsführern seinerzeit große Erregung ausgelöst hatten. Es handelt sich um den stellungslosen Kandidat Janita und den ebenfalls stellungslosen Automobilhermes Hermsdorf. Die beiden Verbrecher fuhren mit gestohlenen Automobilen vor den betreffenden Geschäften vor, verurteilten mit Steinen oder schweren Hämmern die Schaufenster ein und nahmen Juwelen, Schmuckgegenstände, Uhren, Fotoapparate usw. mit, um mit dem bereitgestellten Auto zu flüchten. Auf diese Weise verurteilten sie Geschäfte in Darmstadt, Duisburg, Düsseldorf, Karlsruhe, Kassel, Coblenz, Osnabrück, Wiesbaden usw. Der bei Heil über eine große Menge Waren in die Hände. — Vor Gericht bestritten die Angeklagten die Verurteilung wegen Verurteilung. Durch die Verurteilung wurden sie jedoch für überführt erachtet. Das Gericht verurteilte Hermsdorf wegen schwerer Urkundenfälschung und eines einfachen Diebstahls sowie wegen Urkundenfälschung zu 5 Jahren Zuchthaus, Janita wegen sehr schwerer Urkundenfälschung und eines einfachen Diebstahls sowie wegen Urkundenfälschung zu 7 Jahren Zuchthaus. Der stellungslose Metzger Vogel aus Köln erhielt wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis.

Auskünfte der Redaktion

N. 260. Wenn ein Erbe das Haus für 4000 Mark übernommen hat und diesen Betrag unter die Erben gleichmäßig verteilt, so muß er nur noch die für den Anteil haben abliegenden 2000 M. zur Verteilung bringen. Natürlich steht er mit in das Teil. Sollten Sie noch weitere Auskunft wünschen, so wenden Sie sich an das Arbeiter-Sekretariat Karlsruhe, Schützenstr. 16. Sprediktur den nachmittags von 3-6 Uhr mit Ausnahme von Freitag und Samstag.

K. G. W. Gengenau. Die Briefkastennotiz in Nr. 187 K. G. W. Blantendorf ist falsch. Der Betrag macht nicht 35,20 M., sondern 25,20 M. Hebrigen ist der Satz von 28,35 M. für drei aufschlagberechtigte Personen vorgelesen, denn für zwei, Frau und Kind, würde er nur 25,20 M. betragen.

Zabrelane Volksfreund. Ihre Anfrage bezüglich des Preisauschreibens der NSU-Werke. Eine Veröffentlichung der Preisträger konnte nicht erfolgen, da uns die Firma solche nicht mitteilte.

Groß-Karlsruhe

Zusammenschluß-Verhandlungen Karlsruhe-Durlach

Der Durlacher Stadtrat hat sich vor kurzem eingehend mit der Frage eines Zusammenschlusses von Durlach-Karlsruhe beschäftigt. Er ist dabei zu dem Beschluß gelangt, die Stadterhaltung mit den Verhandlungen über einen Zusammenschluß zu beauftragen. Die ersten Besprechungen in dieser Angelegenheit dürften bereits in aller Kürze erfolgen, nachdem der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Finter, der sich augenblicklich auf Urlaub befindet, wieder zurück sein wird. Bekanntlich hat sich auch der Gemeindevorstand vor einiger Zeit mit der Frage eines Zusammenschlusses von Karlsruhe mit Durlach beschäftigt und sich positiv zu ihr eingestellt.

Wie wir weiter erfahren, fanden die ersten Besprechungen bereits vor etwa drei Wochen zwischen den Bürgermeistern der beiden Städte statt. Die Verhandlungen wurden dann vertagt, bis Oberbürgermeister Dr. Finter von seinem Urlaub zurück ist. Man darf wünschen, daß eine Einigung zustande kommt, denn beide Teile werden dann einen Gewinn haben. Die sozialdemokratischen Fraktionen beider Bürgerversammlungen haben bereits in einer gemeinsamen Aussprache Zustimmung gegeben. Sowohl die sozialdemokratische Fraktion des Karlsruher wie auch jene des Durlacher Bürgerversammlungen steht grundsätzlich auf dem Boden der Einigung.

Ein „lojal“ angehauchter „Direktor“

Diesen Titel verdient in hervorragender Weise der bei der Firma Seneca, Karlsruhe-Mühlburg, wirkende „Direktor“ Meese. Draußen in der Öffentlichkeit kann er den Mund nicht voll genug nehmen über seine Arbeiterfreundlichkeit. Dabei ist diese Rede weit und breit bekannt als eine der schlimmsten Arbeiterzeitschriften. Der fräuleiche Kaufmann an der Arbeitskraft ist dort an der Tagesordnung. Affordable sind gang und gäbe. Neben Arbeitervereinsleistungen werden Leberstunden, sogar ohne Zuschläge, gefordert. Daneben besteht eine Leberstundenpflicht, anstatt, in der die Ausbeutung dieser armen Geschöpfe in schlimmster Art getrieben wird. Wir werden in einem besonderen Artikel noch die Betriebsverhältnisse einer besonderen Kritik unterziehen. Vorläufig wollen wir nur einmal festhalten, daß den Beihilgen nicht einmal die im Tarifvertrag für die Metallindustrie vorgesehenen 3 Tage Urlaub gewährt werden. In diesem Vertrag ist es nämlich in der dem § 4 Abs. 16 angefügten Protokollnotiz: Es soll den Firmen empfohlen werden, den Beihilgen in jedem Lebensjahr 3 Tage, im 4. Lebensjahr 4 Tage Urlaub zu gewähren.

Im ganzen Bezirk ist nicht eine einzige Firma mit Ausnahme des dem Herrn Meese unterstellten Betriebs, die den Beihilgen diesen Urlaub verweigert. Im Gegenteil gibt es eine ganze Reihe von Firmen, die freiwillig bis zu einer Woche den Beihilgen Urlaub gewähren. Wer nun aber die gesundheitschädliche und physisch schwere Arbeit in einem Gießereibetrieb kennt, wird annehmen, daß hier eine Erholung für die armen gelagten Beihilgen erst recht am Platze ist. Gerade der junge Körper braucht Erholung, da ihm dies noch mehr zuträglich ist als im vorgeschrittenen Alter. Sogar die Handwerkskammer hat Resolutionen für die Kleinmeister herausgegeben, in welchem der mindestens dreitägige Urlaub für Beihilgen vorgeschrieben ist. Herr Meese ordnet aber an, daß den Beihilgen kein Urlaub gegeben wird. Damit hat dieser Herr, der sich sogar noch als Befürworter des Arbeiterschutzes und Schlichtungsausschusses wähnen läßt, sich selbst getrennt.

Allerdings wird über diesen Herrn noch verschiedenes gemunkelt. Von einer „Metallzeitschrift“ betreffend die Reichsbahn, redet der ganze Betrieb, sowie außerhalb des Betriebes halb Mühlburg. Wir werden in einem besonderen Artikel auch hier näher darauf eingehen. Vorläufig wollen wir nur einmal die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Meese ins richtige Licht rücken. Später mehr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Karlsruhe.

Circus Busch:

Gala-Abend und billiger Nachmittag

Allen, die bisher den Besuch des Circus Busch verweigert haben, bieten sich am heutigen Mittwoch zwei großartige Gelegenheiten, das weltberühmte Unternehmen in bester Form sehen zu können. Nachmittags 3 Uhr findet eine Große Fremden- und Familienvorstellung statt, die das absolut ungekürzte Abendprogramm mit der vollständigen Wasserpartie im Rahmen der Vorführung bringt. Zu dieser Vorstellung zahlen nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene halbe Preise.

Abends 8 Uhr veranstaltet Busch eine große Gala-Vorstellung und verspricht besondere Ueberraschungen durch neue Programm-Einlagen, durch Verwendung von Gala-Kostümen, Gala-Geschäften usw. Wir betonen bereits bei unserer Premiereneröffnung die Eleganz des ganzen Unternehmens, die vornehmlich schmackhafte Aufmachung jeder einzelnen Nummer wie der Gesamt-Darbietungen. Wie wir hören, soll Busch auf diesem Gebiete noch mehr leisten können — was er an eben diesem Gala-Abend zu setzen gedenkt.

Selbstmord. Am Dienstag vormittag erschloß sich ein lediger Kaufmannsdiensthilfe von hier im Schlossgarten in der Nähe des Kassenheimer Tores. Ein Anfall von Schwermut dürfte das Motiv zur Tat gewesen sein.

Fußball-Wettspiel der Firmen Lieh-Schneer 2:3 (0:2). Sonntag vormittag 9.30 Uhr wurde auf dem Hönitzstadion zwischen den Mannschaften dieser beiden Firmen ein Wettspiel ausgetragen. Schon der Anfang des Spieles zeigte, daß beide Mannschaften in gleicher Form und mit gleicher Energie um den Sieg rangen. Die besser formierte Mannschaft Schneer führte denn auch nach der 15. Minute mit einem Tor, dem 6 Minuten später ein zweites folgte. 20 Minuten der Halbzeit. Nach Torwechsel suchte Lieh die Scharte auszuweichen und ein verdienter Elfmeter brachte das Spiel auf 2:1. Nach wechselweisem Spiel folgte ein drittes Tor für Schneer, dem Lieh nach energischem Anlauf ein zweites folgte. Alles in allem war das Spiel gut und hielt die Zuschauer in Spannung.

Die Polizei berichtet:

Wirtshausstreit

Anlässlich eines Kartenspiels gerieten gestern abend in einer Wirtshaus in der Altstadt mehrere Personen in Streit, wobei einem Beteiligten ein volles Bierglas ins Gesicht gemorfen wurde, so daß er erhebliche Verletzungen erlitt.

Hausdurchsuchungen bei NSDAP.

Wegen Verdachts des Vergehens gegen das Schusswaffengesetz wurde bei 5 Angehörigen der NSDAP in Durlach eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Bei ihnen wurden 5 Pistolen und 100 Patronen beschlagnahmt. Das Strafverfahren ist im Gange.

Aus der Praxis des Fürsorgeamts

Unter obigem Stichwort haben wir vor einiger Zeit auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Fürsorgebeamten in gegenwärtiger Zeit vielfach begegnen, obwohl — zur Ehre der besten Bevölkerung sei dies ausdrücklich gesagt — die überwiegende Mehrzahl der Fürsorgeempfänger zu den anständigen Elementen zählt. Heute sollen nun einige andere Fälle berichtet werden, die ebenfalls die besondere Beachtung der Bürgererschaft verdienen.

Bei der schlechten Wirtschaftslage und der ständig wachsenden, gemachten Zahl von Fürsorgeempfängern kann der Zusatz Arbeitsloser und Hilfsbedürftiger nun auswärts in die hiesige Stadt nicht mit besonderer Freude begrüßt werden. Im Gegenteil: Die Fürsorgebeamten haben Anweisung, den Zugang von Fürsorgeempfängern möglichst abzuwehren, soweit dies innerhalb der gesetzlichen Vorschriften zulässig ist. Welche Erfahrungen hierbei immer wieder gemacht werden, sei an einigen Beispielen gezeigt.

Ein verheirateter Mann mit 2 Kindern, jahrelang in einer größeren Stadt am Rhein wohnhaft, wird dort brotlos. Sofort kehrt er mit seiner Familie nach Karlsruhe, wofür er noch nie gewesen ist. Bereits nach einigen Tagen spricht er beim Fürsorgeamt vor und verlangt Unterstützung. Auf die Frage, warum er gerade nach Karlsruhe gekommen sei, antwortet er, er habe erlaubt, in Karlsruhe leichter Arbeit zu bekommen; dann habe er auch gehört, daß „die Unterstützung in Karlsruhe besser“ sei, als in der Stadt, wo er Jahrzehnte anständig war.

Ein Mann, Mitte der 40er Jahre, verheiratet, mit einem Kinde in Karlsruhe geboren, ist bereits in sehr jungen Jahren abgemindert. Jahrzehntlang war er in einer schiffischen Grenzstadt anständig. Die Frau ist gestorben. Der Mann verliert seine Arbeitsstelle, bezieht zunächst Arbeitslosen-, dann Armenunterstützung. Kurz vor seiner Ausreise fährt er sich nach Karlsruhe überweisen und spricht dann nach Ablauf der Arznenfürsorge beim Fürsorgeamt vor zwecks Unterstützung und Auslösung seines Hausraums. Es wird gefragt, warum er denn nach Karlsruhe gekommen sei, wo doch nicht die geringste Aussicht bestehe, daß er in seinem Beruf Arbeit erhalten könne. Er habe ja doch Jahre lang in Sachsen gearbeitet, kenne die Verhältnisse dort und habe auf Grund dieser Sachlage wohl mehr Möglichkeiten gehabt, Arbeit zu bekommen, als hier, in einer ihm vollständig fremden Stadt. Seine Antwort lautet: Der Verkehrsverein Karlsruhe hat anlässlich des „Badener Heimatfestes“ einen Aufruf an alle Badener erlassen, die außerhalb Badens wohnen, nach der Heimat zu kommen. (Eine häufig gehörte Redensart!) Dieser Aufforderung habe er Folge geleistet und nun sei er da; er verlange Unterstützung oder Arbeit. Niemals mehr werde er die Stadt Karlsruhe verlassen. Das Fürsorgeamt hat damit einen Fall mehr (und zwar einen sehr unangenehmen) in seine Fürsorge erhalten.

Ein Mann, 40 Jahre alt, aus der Rheinpfalz gebürtig, im Vollbesitz seiner Gesundheit und arbeitslos, macht sich durch lebhaftes Reden in den Gängen des Fürsorgeamts bemerkbar. Er wird zur Notstandsarbeit angewiesen. Auch hier leiht er seinen Redefluß während der Arbeit fort. Der Vorgesetzte macht ihn darauf aufmerksam, daß er zum Arbeiten und nicht zum Reden da sei. Die Folge ist eine große Beleidigung des Vorgesetzten und Entlassung des Arbeiters. Die Unterstützung des Fürsorgeamts wird eingestellt. Bei der Prüfung seiner Beschwerde wird festgestellt, daß der Mann ledig ist, für niemand zu sorgen hat und keinerlei Verwandte in Karlsruhe besitzt. Auf die Frage, warum er denn gerade in Karlsruhe bleibe, das doch eine besonders große Zahl von Arbeitslosen aufweise, antwortete er, daß es ihm hier gefalle. Zuhause in seiner kleinen Vaterstadt in der Pfalz sei im allgemeinen keine Arbeit vorhanden; wenn eine solche geschaffen werde, sei sie schlecht bezahlt. Unterstützung gebe es überhaupt nichts. Der wahre Grund dieses Fürsorgeempfängers dürfte wohl der sein, daß er in Karlsruhe einen besseren Nebenjob für seine radikalen Redeflüsse habe als in der kleinen Heimatstadt. Er bleibe also in der hiesigen Stadt und das Fürsorgeamt muß ihn, da es kraft Gesetzes niemandem verbieten lassen darf, schließlich, wenn auch so knapp wie möglich, weiter unterstützen.

Ein Wanderer, der schon jahrelang die Landstraße mit bevölkerten, erscheint nach einem kurzen hiesigen Aufenthalt auf dem Fürsorgeamt und erklärt, er wolle sich hier nunmehr niederlassen, eine Arbeitsstelle zu erhalten. Als ihm entgegengehalten wird, daß ihm dies angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit bestimmt nicht gelingen werde, beharrt er trotzdem darauf, hier zu bleiben. Weiter befragt, warum er als Norddeutscher gerade in der hiesigen Gegend eine Arbeitsstelle suchen will, antwortet er schließlich, daß das schöne Baden und seine Städte allgemein in Norddeutschland als „Edorado“ bekannt seien. Da er keine Arbeit erhalten kann, wie er wohl weiß, muß er jahrelang lausend unterstützt werden.

Ein anderer, fast täglich, in letzter Zeit sich häufender Fall: Ein Gewerbetreibender, Angestellter oder sonstwie im Wirtschaftsleben stehender, auswärtiger wohnender Mann verlangt schriftlich und mündlich beim zuständigen Bürgermeisteramt oder Fürsorgeamt die Zumeilung einer Wohnung in Karlsruhe, obgleich naturgemäß eine Wohnberechtigung nicht vorliegt. Begründet wird der Hieserzug regelmäßig mit ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und mit der Hoffnung, in Karlsruhe werde sich schon etwas

finden. Auf dem Lande sei nichts los und die Viehflucht nur in Naturalien gewährte Unterstützung sehr gering. Auf die Frage, wer die Kosten der Wohnung bezahle, lautet die Antwort meist, daß das Fürsorgeamt hierfür schon aufkommen werde.

Vielfach wird der Zugang in die Stadt aber auch „unter der Hand geschoben“. Dafür nur noch zwei Beispiele:

Ein 23jähriger Fürsorgeempfänger, der mit seiner Frau und 4 Kindern in dem nahegelegenen B. wohnt, verläuft dortselbst sein Haus. Er gerät allmählich in Not, muß unterstützt werden und sogar seine Wohnung räumen. Um ihn loszubekommen, mietet ihm der Bürgermeister höchstigen in Karlsruhe eine Wohnung und bezahlt die für die drei ersten Monate je 45 M. betragende Miete im voraus. Auch den Umzug nach Karlsruhe besorgt er und sein Bruder mit eigenem Fuhrwerk. Wenige Tage nach dem Umzug erscheint der Fürsorgeempfänger bereits beim Fürsorgeamt mit dem Ersuchen um Unterstützung zum Lebensunterhalt. Das Bürgermeisterramt B. gibt zwar zu, daß durch Gemeindefiskus (1) für den Fürsorgeempfänger in Karlsruhe eine Wohnung für 3 Monate gemietet worden sei; jede weitere Unterstützung lehnt es aber ab, da der Fürsorgeempfänger arbeiten könne, wenn er wolle. Es bedürfte in diesem Falle sehr langer Verhandlungen und sogar Einreichung einer Klage, bis sich das Bürgermeisterramt in B. zur Uebernahme der hier entstehenden Kosten entschließen könnte.

Ein anderer Fürsorgeempfänger betrieb bis Ende 1930 in S. eine Wirtschaft. Da diese nicht ging, mußte er sie aufgeben. Er wurde zunächst mit seiner Frau, seinem 24jährigen Sohn und seiner 23 Jahre alten Tochter im alten Schulhaus der Gemeinde in einer einzimmerigen Wohnung untergebracht. Diese unangenehme Unterbringung veranlaßte den Fürsorgeempfänger nachgedrungen immer wieder, beim Bürgermeister neben der Unterstützung um Besserung seiner Unterbringung vorstellig zu werden. Bei seiner letzten Vorrede erklärte ihm der Bürgermeister, sein Stellvertreter werde die Sache „im Privatwege erledigen“. Tatsächlich eröffnete ihm dieser kurze darauf, er laufe ihm den nach freien Teil einer Lebensversicherungspolice ab, um ihm den Umzug nach Karlsruhe zu ermöglichen. Der Fürsorgeempfänger erhielt auch auf diese Weise von ihm in den darauf folgenden Tagen zunächst 400 RM. und am Tage seines Umzuges hierher weitere 400 RM. Er erklärte selbst, — auf seine fünfjährige Vereidigung ausdrücklich hinzuweisen — er habe den Eindruck gehabt, daß der Bürgermeisterstellvertreter nur angab, als Privatperson zu handeln, um die Fürsorgepflicht der Gemeinde ihm gegenüber auszuhalten.

Diese wenigen Beispiele, die beliebig erweitert werden könnten, beweisen, daß ein wirksamer Schutz der Gemeinden gegen Zugang von Hilfsbedürftigen nicht besteht.

Es entsteht in all diesen Fällen die Frage: Warum müssen alle diese Personen, die die Stadt Karlsruhe in ihrem Leben noch nie gesehen haben, mit ihr jedenfalls in keiner Weise verwechselt sind, hier unterstützt werden? Warum ist es heute gerade Gemeinden, die wenig oder gar keine Unterstützung gewähren, so leicht müßig, sich von drohenden Fürsorgeaufgaben zu befreien? Warum ist heute trotz der schärfsten Rechtsprechung nach wie vor die vom finanziellen Standpunkt so vorteilhafte Abweisung so sehr in Blüte? Warum wird auf diese Weise die Landflucht begünstigt, statt sie zu hindern und den Zug nach dem Lande zu fördern?

Die Antwort lautet: Weil seit Aufgabe des Unterstützungswohnstübes (d. h. des Grundgesetzes, daß jeder ein Jahr lang an einem Orte einen unterstützungsfreien Aufenthalt nachweisen muß, bevor die Gemeinde zur endgültigen Fürsorge verpflichtet ist) auf Grund des neuen Aufenthaltsprinzips (von Ausnahmen abgesehen) in irgend einer Gemeinde endgültig unterstützt werden muß, sofern er nur erklärt, er wolle dort bleiben.

Wie sich das neue, Treu und Glauben untergrabende Aufenthaltsprinzip für die großen Städte auswirkt, beweist die Tatsache, daß in Karlsruhe auf Grund der Aufhebung des Unterstützungswohnstübes allein in der allgemeinen Fürsorge vom 1. August 1930 bis 31. Dezember 1930 nicht weniger als 291 zugezogene Parteien mit 355 Köpfen und vom 1. Januar 1931 bis 31. Juli 1931 sogar 427 zugezogene Parteien mit 646 Köpfen, insgesamt somit allein im verflochtenen Jahre über 1000 Personen mit einem Aufwand von mehreren Hunderttausend Mark der Stadt zur Last fielen. Der Bevölkerungsgewinn der Stadt Karlsruhe betrug in der gleichen Zeit nur 830 Personen. Die Annahme, daß mit dem geringeren Anwachsen der Großstädte die Zunahme der Hilfsbedürftigen entsprechend sinkt, ist somit nicht zutreffend. Im Gegenteil: Je größer die Notlage, desto stärker macht sich nach der Statistik der Zugang und die Belastung der Städte mit Hilfsbedürftigen geltend.

Unersättlich erscheint daher bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung, daß die Fürsorge der Stadt sich in Umfang und Leistung der Fürsorge anderer Städte anlehnt, jedenfalls aber nicht darüber hinausgeht. Notwendig erscheint weiter eine Umänderung des derzeitigen Aufenthaltsprinzips dahin, daß erst nach einem unterstützungsfreien Aufenthalt von mehreren Monaten die endgültige Unterstützungsspflicht einer Gemeinde begründet wird. Denn eine Vermehrung der Einwohnerzahl und damit noch eine stärkere finanzielle Belastung der so schwer kämpfenden Städte durch Zugang von Arbeitslosen und Fürsorgeempfängern wird und kann niemand wünschen.

Veranstaltungen

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Das sich größter Beliebtheit erfreuende Singspiel „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“ von Raymond wird heute abend wiederholt. Beginn der Vorstellung 8 Uhr.

Kaffee Bauer. Auf das heutige Mittwoch-Konzert der Kapelle Olenga sei hingewiesen. Solist ist Herbert — Erich Otto, der Beethovens Klavierkonzerte op. 26 vorträgt (Siehe die Anzeige).

Wasserstand des Rheins

Basel 433, aeft. 198; Waldshut 401, aeft. 3; Schaffersinsel 300; Rehl 430, aeft. 6; Maxau 642, aeft. 27; Mannheim 549, aeft. 15 Zentimeter.



**Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold**



Spielmannszug. Heute (Mittwoch) Uebung aller Spielleute auf dem Platz der Freien Turnerschaft.

Lichtspielhäuser

Gefahren der Liebe

Widern-Lichtspiele, Waldstraße

Schlummer, unheimlicher als Pest und Epidemien im Altertum und Mittelalter, grauenerregender als mordende Krieger sind Krankheiten, die wie ein schleimendes Gift ganz Volkstümer anfallen, durchdringen, zerstören und Generationen um Gesundheit und Lebensfreude, Fortschritt und Kultur bringen. Eine dieser entsetzlich sich auswirkenden Krankheiten ist die Sanhitis, die im Kriege und unmittelbar nachher in allen Ländern einen nie erlebten Umfang annahm und ganze Familien und Volksschichten zu vernichten drohte. Dank umfassender Maßnahmen, durch Aufklärung und Beratungsstellen, gelang es, das Umsichgreifen dieser heimtückischen Krankheit stark einzudämmen. Der ärztlichen Wissenschaft ist es zu danken, daß in den meisten Fällen Heilung möglich ist. Ein Ton- und Sprechfilm, der alles, was mit dieser Frage zusammenhängt, in menschlich tieferegreifenden Bildern zur aufklärenden und zugleich mahnenden und warnenden Gestaltung bringt, ist das heute letztmals gezeigte Werk: „Gefahren der Liebe.“

Vertretung: Georg Schöpfung. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigen-Teil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Wolfesgrund G.m.b.H., Karlsruhe.

Letzte Nachrichten

Börseneröffnung am 3. September

WTB. Berlin, 25. Aug. In der heutigen Sitzung der Deutschen Börsenvereine erklärten sich nach Bericht der Sanität Kommission, Berlin, und Dr. Hopf, Hamburg, die versammelten Börsenvereine für die Wiederaufnahme des amtlichen Börsenverkehrs am 3. September 1931 unter Beschränkung auf das reine Kassageschäft.

Neue Bestimmungen über die Devisenbeschaffung

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der §§ 17, Abs. 1, Satz 3, 22 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August 1931 (Reichsgesetzblatt I, S. 421) wird verordnet:

§ 1. In Abweichung von § 5 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung sind bis auf weiteres folgende Termingeschäfte über ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel zulässig, die mit schriftlicher Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung entweder mit der Reichsbank oder mit einem der in § 2, Abs. 3, der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung bezeichneten Kreditinstitute im Rahmen der von ihm und der Reichsbank erteilten Ermächtigung abgeschlossen werden.

§ 2. Geschäfte, die gegen die Vorschriften des § 1 dieser Verordnung oder des § 2 der ersten Durchführungsverordnung zur Durchführung der Ver-

ordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 12. August 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 437) verstoßen, sind nicht zu genehmigen. § 4 der ersten Durchführungsverordnung gilt entsprechend.

§ 3. Die in § 18 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung angedrohten Strafen und sonstigen Maßnahmen finden auch Anwendung auf Zuwiderhandlung gegen § 1 dieser Verordnung und des § 2 der ersten Durchführungsverordnung.

Nationalsozialistische Unterkunft ausgedehnt

WTB. Wuppertal, 25. Aug. Die Wuppertaler Polizei hat gestern abend in der Fabrik Scheubens in Unter-Barmen eine nationalsozialistische Unterkunft ausgedehnt. Die Räume waren fast ausnahmslos eingerichtet. Eine Gruppe verlor nachts in militärischer Art und nannte sich Staatswache. Es wurden drei geladene Schusswaffen und eine Menge Heib- und Stichwaffen beschlagnahmt. 27 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Henderjons Nachfolger

Am beachtlichsten für das neue englische Kabinett ist der Wechsel des Außenministerpostens. Nachfolger Henderjons als englischer Außenminister wird Lord Reading, ursprünglich Rufus Daniel Jacobs. 1860 als Sohn eines Kaufmanns geboren, ging er in London, Brüssel und Hannover zur Schule, wurde mit 14 Jahren Schiffsjunge und kam als Seemann um die halbe Welt. Später lernte er bei einem Londoner Rechtsanwalt, ließ sich als Anwalt nieder und wurde nach erfolgloser Praxis 1904 als liberaler Abgeordneter ins Parlament gewählt. 1910 wurde er in der liberalen Regierung Generalsekretär und 1913 Lord Oberichter

und Mitglied des Oberhauses. Während des Krieges leitete er Finanzverhandlungen mit Amerika, 1921 bis 1926 war er ein erfolgreicher Botschafter von Indien; er brachte eine Verfassungsreform durch, die einen ersten Schritt zur Selbstverwaltung Indiens darstellte. Lord Reading ist Verfasser zahlreicher Bücher der Zeitungsgruppe, die den New Chronicle im Besitz hat; 1929 übernahm er den Vorsitz der englischen Gruppe der Deutsch-Englischen Gesellschaft.

Bälischer Beobachter bis 1. September verboten

WTB. München, 25. August. Der Bälische Beobachter ist in seiner Bayern- und Reichsausgabe bis 1. September d. J. mit sofortiger Wirksamkeit verboten worden. Ebenso die in Traunstein (Oberbayern) erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung Chiemgaubote bis zum 31. August. Das frühere Verbot bis zum 15. September war vom Innenministerium am 17. d. M. aufgehoben worden.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine gestern über Frankreich liegende Zykone ist sehr rasch nach Osten gewandert, so daß wir schon heute in den Bereich polares Kaltluft gelangt sind. Der im Süden der Zykone über England mit Regenböen nach Süden vorstoßende Westwindsturm hat außerordentlich kräftigen Winden. Ein im Westen nachfolgendes Hochdruckgebiet wird ebenfalls nach Mitteleuropa ziehen, wo Belagerung zu trockenem und heiterem Wetter für mehrere Tage in Aussicht steht.

Wetterausichten für Donnerstag, den 27. August 1931: Weiter trocken, noch ziemlich kühl, in Niederungen Frühnebel, schwache nördliche, später östliche Winde.

GLORIA PALAST
Neue Direktion: August Walter Schwarz
Ab heute nur 3 Tage!
Der herrliche Tonfilm
Verklungene Träume
Hauptdarsteller: **HANS STÜWE, MAYI DEISCHAU, HARRY HARDI**
Wir hören in dem Film einen wundervollen Tango, Boston und Foxtrott.
Im Beiprogramm: 6394
Kaukasische Melodien
Kurztonfilm m. Siegfried Arno
achtung! achtung!
Nur noch heute und morgen: In der lösenden Fox-Wochenschau **Die Zeppelinfahrt in die Arktis**
Anfang: 3.00, 4.35, 6.35 und 8.45 Uhr

KAMMER LICHTSPIELE
Neue Direktion: August Walter Schwarz
Heute und folgende Tage:
Der entzückende UFA-Tonfilm
„Einbrecher“
mit den drei bekannten Darstellern:
LILIAN HARVEY, WILLY FRITSCHE, HEINZ RÜHMANN bekannt aus „Drei von der Tankstelle“
In weiteren Rollen: **Kurt Gerron, Ralph Arthur Roberts**
Eine tolle Attacke auf das Herz einer schönen Frau
Lachen! Weinen!
Zwei Stunden köstlicher Unterhaltung
Wochenschau und Kulturfilm ergänzen das gute Programm
Beginn **3, 5, 7 und 9 Uhr**
6395

SCHAUBURG
Marienstraße 16 Telefon 6284
Heute Premiere
des bereits mit Spannung erwarteten Groß-Tonfilms
4.00
6.15
8.45
Uhr
Hans in allen Gassen
Hans Albers, bekannt als „Greter“, in einer neuen Bombenrolle, die ihm Gelegenheit gibt, in alter Frische mit all seiner raffinierten Kesseltätigkeit und Natürlichkeit auf der Leinwand zu erscheinen.
Ein Tonfilm von Carl Fröhlich unter Anlehnung an den Ullstein-Roman „Smarra“ von Dr. Ludwig Wolff
Die amüsant-abenteuerlichen Erlebnisse eines rasenden Reporters auf seiner unermüdlichen Jagd durch die Zeit von heute und die 1000 Sensationen des Alltags.
In den Hauptrollen neben **Hans Albers, Camilla Korn, Paul Heidemann, Betty Amann, Max Adelbert** usw. usw.
Reichhaltiges Beiprogramm!!
Und dennoch unsere billigen Eintrittspreise:
60 Pfg., 80 Pfg., 1.- usw. usw.

Der Blitz vom Mittwoch
Damen-Strümpfe -90
Burchards Zahstrumpf 1. Wahl, Kunstwascheide mit fischer Sohle, Paar
Damen-Strümpfe 1.40
Künstliche Wasch-Selbe mit Maschenfang, extrafein mit Doppelschleife und Spitzferse, Paar
Damen-Schluphosen 1.00
Kunstseide, plattiert schwere Herbstware
BURCHARD

Kaffee Bauer
Heute Mittwoch 20.30 Uhr
SONDER-KONZERT
Aus dem Programm:
Fantasie aus Glanz Schicht, Puccini
Andante aus der 5. Symphonie Tschalkowsky
Klavierkonzert op. 26, Beethoven
Solist: **Herbert - Erich Otto**

Sommeroperette im Stadt. Konzerthaus
Mittwoch, 26. Aug.
Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren
Singspiel von Fredy Raimond
Dirigent: **Alger**
Regie: **Pruscha**
Mitwirkende: **Alger, Felsner, Alger, Kurt, Leberer, Wagner, Paul, Lubach, G. Rivinius, Rehner, J. Rivinius, Schneid, Lindemann, Eich, Schilger, Pruscha, Jung**
Sofort Sonntag
Anfang 20 Uhr
Ende 22.45 Uhr
Preise: 1.00-4.00

Circus J. Busch
Es ist die höchste Zeit für alle säumigen
Nachmittags 3 Uhr:
Große Fremden- und Familien-Vorstellung
mit dem ungekürzten Abendprogramm und der vollständigen Wasserpantomime
Zu dieser Vorstellung zahlen nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene halbe Preise
Abends 8 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
mit besonderen Überraschungen und Programm-Einlagen, Gala-Kostümen, Gala-Geschirren etc.

Du mußt lesen: Lanusen
Verbrachte „Führer“ der Wirtschaft
Das Panama der Nordwolle
10^g

Amtliche Bekanntmachungen
In dem Konturverfahren über das Vermögen der Firma Rosenbergs & Schindler hier, wurde an Stelle des Herrn Giele, Herr Günter-Reibler, Karlstraße, Hans-Thoma-Str. 5, ernannt. Karlsruhe, den 22. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9. 1602

Zwangs-Versteigerung.
II VT. 30/1930.
Im Zwangswege versteigert das Bad. Notariat II Karlsruhe am
Dienstag, den 27. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr,
im Rathaus zu Merz das Grundstück der Ludwig Knäbel Kaufmannswitwe, Maria geb. Tröndle in Merz auf Gemarkung Merz.
Die Versteigerung wurde am 9. September 1930 im Grundbuch eingetragen. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 9. September 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einwählen einstellen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrift.
a) Grundbuch von Merz, Band 10, Blatt Nr. 109; im Ortsetter, Hofreite 5 u. 23 am
Auf der Hofreite steht: ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller, ein einstöckiger Holzschopf mit Schornsteinen, eine 1 1/2 stöckige Scheuer mit Stall und Warenauger. Schätzungswert ohne Zubehör 25 000 RM. Schätzungswert mit Zubehör 25 800 RM.
b) Blatt Nr. 389 im Ortsetter: Gartenland 8 a 44 qm. Schätzungswert 300.- RM. Karlsruhe, den 25. August 1931. 1603
Badisches Notariat II
als Versteigerungsamt

Zurück! Dr. Warth
Facharzt f. Nerven- u. Gemütsleiden
Westendstraße 66 1605

Todes-Anzeige
Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Tochter, Schwester und Zante
Anna Dragan
geb. Gebhardt
im Alter von 45 Jahren am Montag nachmittag in der Züenau verstorben ist.
Durch Wuchererhande geliestkrank geworden, ist meine liebe Frau nach achtwöchentlicher Krankheit gestorben. Die Beerdigung findet in Achern am Mittwoch nachmittag 1/4 Uhr statt. Karlsruhe, den 15. August 1931. 6300
Nikolaus Dragan

Chaufeur
event. Ausb. (Fahrer) in 11 u. 3b.) Ang. unt. Nr. 6349 an den Volksfr.

Entlaufen! Ein rotlich brauner **Volksfr.** mit Halsteile. Abzug. **Grüwintel**, Dürmerheimerstraße 52, N. Lang. 21146

Achtung! Pitsch-Reformküche
gute Schreinerarbeit bisher 340.40 gel. ab. nur 270.40. Schwere Einzelstück 160.00 nur 145.40. Zu erl. bei **Gold, Amalienstr. 86.**

Küchen
Zwei- u. ein- u. zweistöckig, 8 Bodenplatte auf 200.40. Küchensch. 2. Schell auf 70.40. Sch. Küche, W. K. K. Federbetten, Spiegelkränze, Wascht. m. Spiegel, all. sehr bill. **Rechtlich**, H. Langstraße 12. 6309

Furniß
Zähringerstraße 77 (hinter Gschm. Knopf)

Hohelbank, eine Fußbetrieb und eine Defektorlage billig abzugeben. Näheres **Hohelbank**, 137, part.

Antielinger Anzeige
Bei den demnächst stattfindenden Obsternterungen wird als Steigerer nicht zugelassen, wer noch Obst vom letzten Jahr an die Weinbetriebe schuldet.
Antielingen den 24. August 1931. 1604
Der Gemeinderat.

Gaggenauer Anzeigen
Am Freitag, den 28. d. Mts. nachm. zwischen 3 und 4 Uhr läßt der Bandagist Karl Tröndle in den Räumen der Wasseranstalt eine Sprechunde an.
Gaggenau, den 24. August 1931. 1601
Der Bürgermeister: **Schneiber**.

Die neue Broschüre der SPD. Illustriert. 16 Seiten. Mit Umschlag. Preis 10 Pf. Erhältlich in der Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 / Fernsprecher 7020 21

Schuhe zu Fabrikations-Preisen
kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:
Gernsbach, Waldbachstraße 9
Bühl, Ecke Rhein- und Friedrichstraße
Oberkirch, Hauptstraße 36
Kehl, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße
J. UTH, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8
Eigene Reparaturwerkstatt. — Annahme in allen Filialen